

Marginalien ; Rezensionen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **29 (2009)**

Heft 56

PDF erstellt am: **31.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Monika Streule Maimaitekerimu

Globale Gesundheitspolitik – internationale Solidarität

Epidemien wie die medial aufgebauschte Schweinegrippe sind in aller Munde. Doch auch die altbekannten, oft tödlich verlaufenden Krankheiten sind heute wieder auf dem Vormarsch, allen voran die längst überwunden geglaubte Tuberkulose. Die Schweinegrippe-Hysterie hat es erneut klar aufgezeigt: Die globale Gesundheitsfrage kann nicht von einzelnen AkteurInnen gelöst werden. Es braucht vielmehr einen transnationalen Ansatz, in welchem der Solidarität und den lokalen Lösungsansätzen ein zentraler Stellenwert zukommen muss.

Der US-amerikanische Soziologe und Historiker Mike Davis warnt davor, anlässlich drohender Epidemien das Ganze aus dem Blick zu verlieren: „Das Entscheidende ist letztlich, den grössten Zusammenhang herzustellen: von der verfehlten Pandemiestrategie der WHO, dem weiteren Zerfall der weltweiten Gesundheitsversorgung, den grossen Pharmakonzernen, die lebenswichtige Medikamente in ihrer Kontrolle behalten, und der Katastrophe der industriell und ökologisch aus den Fugen geratenen Tierproduktion.“ (Davis 2009). Davis fordert in der früheren Analyse „Vogelgrippe. Zur gesellschaftlichen Produktion von Epidemien“ (2005) zum klaren politischen Handeln auf: „Zugang zu lebensrettenden Medikamenten (...) sollte ein Menschenrecht sein, und zwar weltweit kostenlos erhältlich. Wenn die Nachfrage als Marktanzreiz zur billigen Herstellung dieser Arzneimittel nicht ausreicht, sollten die Regierungen und die Non-Profit-Organisationen die Verantwortung für Her-

stellung und Verteilung übernehmen. Dem Überleben der Armen muss zu jedem Zeitpunkt höhere Priorität eingeräumt werden als den Profiten der grossen Pharmaindustrie“ (2005,150).

Gefordert sind Alternativen zu den herrschenden gesundheitspolitischen Modellen und damit gesellschaftliche Initiativen, die den globalisierten Verhältnissen Rechnung tragen. Die versuchte Abschottung einzelner Nationalstaaten durch selektive Schutzmassnahmen greift offensichtlich nicht und taugt als Zukunftsszenario einer globalen Gesundheitspolitik wenig. In der *Erklärung von Alma Ata* erkannte die *Weltgesundheitsorganisation (WHO)* bereits 1978 an, dass das Ziel ‘Gesundheit für alle’ nur unter Berücksichtigung aller sozialen, wirtschaftlichen und umweltbedingten Faktoren zu erreichen ist. Der *Global Health Watch 2* (PHM 2008) – ein alternativer Gesundheitsbericht, der eben in seiner aktualisierten Form erschienen ist – zeigt, dass diese umfassende Herangehensweise nach wie vor aktuell und nötig ist. Die *People’s Health Movement* (PHM) stellt darin fest, dass „Armut die grösste Epidemie ist, mit der die globale Gesundheitspolitik zu kämpfen hat“ (2008,1).

Der *Global Health Watch 2* stellt Informationen und Schlussfolgerungen vieler grosser und kleiner Gesundheitsbewegungen, Nichtregierungsorganisationen, Ärzte, Ärztinnen und WissenschaftlerInnen zusammen. Er zeichnet ein auskunftreiches Bild der Weltgesundheit im Zeichen fortschreitender Globalisierung aus der Perspek-

tive der Betroffenen im Norden wie im Süden. Der Bericht geht weiter als andere Weltberichte zur Gesundheit und Entwicklung, denn er untersucht auch die Handlungsweisen von globalen Institutionen, Regierungen und der Privatwirtschaft. Interessant sind meiner Ansicht nach auch die Kapitel über den Zugang zu Gesundheit für MigrantInnen (2008,62 ff.) oder für Gefängnisinsassen (2008,74 ff.), da der Bericht darin den Blick auf gesellschaftliche Gruppen lenkt, die ansonsten kaum im gesundheitspolitischen Diskurs auftauchen.

Globale Ökonomisierung der Gesundheit

Im marktorientierten Kontext der Globalisierung wird der öffentliche Sektor stark vernachlässigt, da es keine ökonomischen Anreize gibt, sich effizient zu verhalten. Diese soll in marktökonomischer Logik vor allem der Wettbewerb schaffen. Privatisierung der vormals staatlichen Gesundheitssysteme ist deshalb seit den 1990er Jahre weltweit das Patentrezept der Wirtschaftsstrategen, um diese Bereiche gewinnbringend zu restrukturieren. Der deutsche Arzt und Projektkoordinator von *medico international*, Andreas Wulf (2001), konzentriert sich in seinem Artikel hauptsächlich auf die sozialen Folgen, welche durch einen solchen Prozess hervorgerufen werden. Für PatientInnen bedeutet es unter anderem, dass sie sich nicht mehr als dankbare Hilfsempfänger, sondern als Kunden verstehen, die kompetent Gesundheitsdienstleistungen am Markt einkaufen sollen. Krankenversicherungen, ÄrztInnen, TherapeutInnen und Pflegende sollen sich als Anbieter solcher Leistungen definieren (2001,3).

Am radikalsten wurden diese Rezepte den hochverschuldeten südlichen

Ländern verordnet, die durch die Reduktion oder den kompletten Abbau der staatlich finanzierten öffentlichen Dienste, wie Gesundheit und Bildung, eine neoliberale Strukturanpassung durchführen mussten. Aber auch in den westlichen Staaten werden die Konzepte von Wettbewerb und ökonomischen Anreizen zur Kosteneinsparung und Effizienzsteigerung der Gesundheitssysteme favorisiert.

Wulf zeigt auf, dass das auf Vertrauen basierende Verhältnis zwischen PatientIn und Arzt oder Ärztin – worin auch Abhängigkeiten beziehungsweise grosse Wissensdifferenzen vorhanden sowie Schmerzen und Ängste beeinflussend sind – in der ökonomisierten Logik auf die klassische Kunden-Verkäufer-Beziehung ausgerichtet wird (2001,5). Parallel zu dieser Entwicklung werden Krankheiten und Gesundheit zum Dauerthema. Die freie Journalistin Erika Feyerabend (2005) schreibt über die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Tendenz. Nach ihr wird jede und jeder aufgefordert, ein effizientes Selbstmanagement der eigenen potentiellen Krankheiten zu leisten, indem man sich aktiv als Teil diverser Risikogruppen definiert und entsprechend selbstoptimierend und selbstregulierend verhält (2005,1).

Aus dieser von der Autorin beschriebenen ökonomischen Perspektive entpuppt sich die Idee 'vollständiger' Gesundheit nicht als Teil von Emanzipation, sondern meint deren Gegenteil: Disziplin, Kontrolle und Steuerung. Damit verwandelt sich das Recht auf Gesundheit in einen normativen Zwang zum Gesundsein. Man muss gesund bleiben, um hochflexibel dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen und den Sozialversicherungen dabei möglichst nicht zur Last zu fallen.

Eine andere direkte Folge der globalen Ökonomisierung des Gesund-

heitssektors ist die verstärkte Tendenz, das Gesundheitssystem in ein schäbiges öffentliches, mit geringentlohntem und überarbeitetem Personal und einen Privatsektor zu teilen, der qualifizierte Leistungen nur gegen Bezahlung bereitstellt und der keine Verantwortung für die gesundheitliche Versorgung der ökonomisch Schwachen übernimmt. Medico international und attac weisen in ihrer Broschüre „Global – Gerech – Gesund?“ (2009) darauf hin, dass „zu befürchten ist, dass der Ausschluss der ärmsten Länder vom wachsenden Wohlstand die Exklusion der Ärmsten auch in den reichsten Ländern nach sich zieht. Denn (...) die soziale Kluft (hat) in den vergangenen Jahrzehnten in und zwischen den Ländern enorm zugenommen (...).“ (2009,14). Zug um Zug entledigen sich die Staaten ihrer Verantwortung; an ihre Stelle treten „user fees“, Praxisgebühren, sowie individuelle Gesundheitsleistungen, für die PatientInnen selbst aufkommen müssen: Gesundheitsdienste ‘out-of-pocket’, wie es in den südlichen Ländern längst die Regel geworden ist. Zu solchen Aktivierungsstrategien gehört, dass schliesslich jene, die sich Gesundheit nicht mehr leisten können, selbst für ihre Lage verantwortlich gemacht werden.

Public Private Partnership im Gesundheitswesen

Public Private Partnership (PPP) ist zum Allheilmittel in der internationalen Gesundheitspolitik geworden. Der Pharma-Brief Spezial der BUKO Pharma-Kampagne (2004) zeigt auf, was unter diesen ‘Partnerschaften’ öffentlicher Einrichtungen mit der Privatwirtschaft zu verstehen ist, wem solche Allianzen nützen und wo die Risiken liegen. In manchen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wird na-

hezu die komplette Gesundheitsversorgung von kirchlichen oder anderen ‘privaten’ Trägern organisiert. Öffentliche im Sinne von staatlichen Akteuren spielen in diesen Fällen praktisch keine Rolle mehr.

Das Engagement von Privaten in der Armutsbekämpfung entspricht einem globalen Trend und beschränkt sich nicht nur auf der blossen Zusammenarbeit mit öffentlichen Partnern. Grossunternehmer wie beispielsweise Bill Gates oder Stephan Schmidheiny verfügen über ein grosses finanzielles Potential und greifen mit ihren philanthropischen Stiftungen aktiv in die Entwicklungszusammenarbeit ein. Auch internationale Konzerne, die in südlichen Ländern investieren, übernehmen oft gezielt eine Rolle beim Aufbau von Wirtschaft und Infrastruktur vor Ort – nicht zuletzt, weil sich solche Verbesserungen positiv auf die eigene Geschäftstätigkeit auswirken sollen (Streule Maimaiterimu 2008,3). In diesem Sinn wird denn auch beispielsweise vom World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) unter dem Stichwort „Business with the Poor“ die Investition „in die Armen“ als nachhaltige und zukunftsfrüchtige Geschäfts- und Anlagemöglichkeit propagiert.

In der WHO werden ‘Partnerships’ hoch gehandelt. Die WHO ist die grösste demokratisch legitimierte Gesundheitsorganisation. Sie hat in den letzten Jahren zusehends an Einfluss verloren, was teilweise am kleinen Budget liegt. Welche Folgen das Rezept der ‘Partnerschaften’ haben kann, wird besonders an ihrer Allianz mit der wirtschaftlich sehr mächtigen Pharmaindustrie deutlich. Pharmaunternehmen sind bei der WHO nicht Dienstleister, sondern ‘gleichberechtigte Partner’ und aktiv an sozialpolitischen Entscheidungen beteiligt. Der privatwirtschaftliche Ein-

fluss auf die Gestaltung nationaler und internationaler Politik wird, wie Christian Wagner (2007) in seinem Artikel deutlich macht, gestärkt. Die Unternehmen haben unmittelbar finanziellen Gewinn durch Steuerersparnisse oder grössere Marktanteile. Weiter gewinnen die Konzerne an moralischer Autorität und Legitimation durch die Zusammenarbeit mit UN-Organen, das Unternehmensimage verbessert sich. Es kommt zu einer Risikoverschiebung: Gewinne aus PPPs gehen an Konzerne, Verluste hingegen an öffentliche Einrichtungen (Wagner 2007, 38).

Neben den Allianzen mit Pharmakonzernen werden für die WHO Partnerschaften mit privaten Stiftungen immer wichtiger. Die aktuellen Tendenzen im Umfeld der WHO deuten klar darauf hin, dass ehemals überwiegend staatliche Aufgaben wie die Finanzierung von Bildung, Gesundheit und Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft weltweit zunehmend von privaten Geldgebern finanziert oder mitfinanziert sein werden. Vermeintlich wegweisende Pilotprojekte erhöhen den Druck auf die anderen Organisationen im sozialen Bereich, sich den inhaltlichen Vorgaben dieser gut ausgestatteten Vorzeige-Projekte anzupassen. Gleichzeitig diktieren die 'Global Players' im Hilfe-Business einen Diskurs, der einen nachhaltigen Einfluss auf die sozial-politische Landschaft nimmt (Edding 2007, 22).

Stiftungen im Gesundheitsbusiness

Die deutsche Journalistin und Übersetzerin Miriam Edding (2007) beschreibt in ihrem Artikel den Philanthro-Kapitalismus, in dem Armut als Wachstumsbusiness begriffen werde und die führenden Organisationen ein Mischgebilde aus Charity und Wirtschaftsunternehmen sind. Grosse private Stiftungen

sind dabei, sich als einflussreichste Geldgeberinnen im Gesundheitsbereich zu etablieren. Die Bill-and-Melinda-Gates-Foundation steht ganz im von Edding beschriebenen neuen Trend zum „Rettung-der-Welt“-Pathos. Die Tatsache, dass die Gates-Stiftung über ein Jahresbudget von circa 3,7 Milliarden Schweizer Franken verfügt und damit doppelt soviel ausgeben kann wie die WHO, verdeutlicht die Macht dieser privaten Stiftungen (Edding 2007, 22).

Ein Blick auf die Arbeitsweise der Gates-Stiftung erinnert stark an das Agieren eines Pharmakonzerns: Mit Milliardenmitteln sowie mit innovativen und aggressiven Managementmethoden wird nach Rezepten gegen Armut und Krankheit gesucht. Die Grundidee der Hilfselite ist laut Edding einfach: „Die Methoden, die der kapitalistischen Wirtschaft zu ihrem durchschlagenden Erfolg verholfen haben, müssen nur auf den sozialen Bereich angewendet werden“ (2007, 22). Würden das Know-how, die Effektivität und der Unternehmergeist der Wirtschaftsmanager in dem chronisch unter Geldnot leidenden, ineffektiven und prinzipiell nicht lösungsorientiert arbeitenden Gesundheitsbereich angewendet, so die Logik, dann liessen sich die Probleme der Welt schon in den Griff bekommen.

PPPs im Gesundheitsbereich betreffen grossteils die Entwicklung neuer Medikamente und Versorgung mit Arzneimitteln und Impfstoffen. Die Kritik richtet sich nicht gegen solche Entwicklungen generell, sondern dagegen, dass diese als bloss technische Lösungen in einem sozialen, politischen und ökonomischen Vakuum gefördert werden. Der Aufbau eines landesweiten, funktionierenden Gesundheitssystems spielt in PPPs meist keine entscheidende Rolle. Dadurch fehlt die Verankerung der Einzelmassnahmen in einem vernünftigen Ganzen. Statt Kooperation

herrscht im Gesundheitsbereich der Wettbewerb, und statt sich mit anderen abzustimmen, versucht jeder Protagonist, sich selbst zu profilieren. Es liegt auf der Hand, dass Weltrettungsstrategen, die auf die heilende Kraft des Marktes setzen, die Ursachen für die zu lösenden Probleme nicht im Markt begründet sehen. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass Arbeits- und Produktionsbedingungen sowie internationale *terms of trade* in der Argumentation der Philanthro-Kapitalisten nicht vorkommen (Edding 2007, 23).

Gesunde Basis für alle – Menschenrecht auf Gesundheit

Wettbewerb, Privatisierung und Konkurrenz treiben die Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung voran und gefährden dadurch wichtige Ziele der Gesundheitspolitik wie Solidarität und gleichberechtigten Zugang zu einer qualitativ hochstehenden Gesundheitsversorgung (vgl. Deppe 2001). Die Forderung nach der Umsetzung des Menschenrechts auf Gesundheit, für die sich auch *medico international schweiz* einsetzt, orientiert sich am gerechten, gesicherten und freien Zugang zu basismedizinischen Gesundheitsdiensten und an Gesundheit für alle, wobei unter Gesundheit das körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden verstanden wird. Natürlich ist mit dem Zugang zum Gesundheitssystem noch nicht Gesundheit hergestellt. Vielfach sind es andere Voraussetzungen als das Gesundheitswesen, die dazu beitragen, dass Menschen besser, gesünder und zufriedener leben können – Grundbedürfnisse wie gute, ausreichende Nahrung, sauberes Wasser, sanitäre Einrichtungen, gute Wohnmöglichkeiten, ein sicheres Einkommen, stabile soziale Beziehungen, die Abwesenheit von Krieg, Gewalt und Ausbeutung.

Für diese Perspektive stand und steht die alte Strategie der Primären Gesundheitsfürsorge (*Primary Health Care*). Darin werden lokale Strukturen gezielt gefördert, die Bevölkerung an der Versorgung und Prävention beteiligt und dadurch der bestmögliche Zugang zu Gesundheit für alle geschaffen. Das von der WHO vor rund dreissig Jahren proklamierte Ziel, bis zum Jahr 2000 „Gesundheit für Alle“ zu schaffen, wurde deutlich verfehlt. Gründe dafür sieht der italienische Arzt und Soziologe Eduardo Missoni (2009) in der marktwirtschaftlichen Orientierung der meisten Ländern, den damit einhergehenden Strukturanpassungsmassnahmen und in dem neoliberalen Siegeszug gegenüber staatlichen Gesundheitssystemen (Missoni 2009). Er wirft in seinem Artikel einen aufschlussreichen Rückblick auf die historische Entwicklung der Gesundheitspolitik seit Alma Ata und geht auch auf die aktuellen Debatten ein.

Der Global Health Watch 2 (2009) kommt zum Ergebnis, dass es eine Krise des 'globalen Regierens' gibt. Die internationalen Institutionen wie die WHO, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds ebenso wie die Welthandelsorganisation (WTO) sind von Versuchen der reichen Nationen geprägt, die herrschende Ordnung zu stabilisieren. „The current system of global governance is seriously lacking in inclusiveness, equality of voice, transparency and accountability – basic preconditions for democracy – reflecting its roots in the colonial era“ (PHM 2008, 19). Noch im Jahre 2001 verfolgte beispielsweise die WHO das Ziel, die Wirtschaftselite zu überzeugen, dass Investitionen in die Gesundheit gut für das Wirtschaftswachstum sind. Auch wenn sie nun von dieser Zielsetzung weggekommen ist und es heute wieder um ein weitreichendes Konzept der Gesundheit für alle, und

nicht um einige selektive Programme für die Armen oder um die Kontrolle einzelner Infektionen geht, ist die WHO doch weiterhin Teil der neoliberalen Ordnung. Strategische PPPs mit Pharmakonzernen und privaten Stiftungen wie die Gates-Stiftung eingehend, nimmt sie nicht Abschied vom Prozess der weiteren Ökonomisierung des Gesundheitsbereichs.

Die Forderung nach einer Demokratisierung von internationalen Organisationen wie der WHO mittels einer Stärkung der Mitglieder aus den südlichen Ländern wird laut. Es soll ihnen endlich mehr Entscheidungsmacht innerhalb dieser internationalen Gremien eingeräumt werden. Dieser reformistische Ansatz vieler gesundheitspolitisch interessierter Organisationen greift meiner Ansicht zu wenig tief in die Struktur des Problems. Eine Bewegung von unten kann in ihrer Diversität und grundsätzlicher Kritik an der bestehenden Gesundheitspolitik nicht durch eine solche Institution vertreten werden. Die WHO kann dieser Bewegung weder

gerecht werden noch als ihren legitimen Repräsentant gelten. Vielmehr braucht es den Mut zur transnationalen Solidarität und das Vertrauen auf lokale Lösungsansätze.

Es gilt, vom selektiven technischen Ansatz wegzukommen und stattdessen die bestehenden lokalen und regionalen Gesundheitssysteme zu stärken sowie die Staaten in ihre soziale Verantwortung und Pflicht zu nehmen. Die Rehabilitierung des öffentlichen Sektors und der öffentlichen Dienste ist dringend notwendig – mit dem Ziel, allen Menschen einen Zugang zur Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Die gute Nachricht ist, dass es bereits solche selbstbestimmte Ansätze gibt; zu nennen sind beispielsweise die lateinamerikanischen 'Volksapotheken' oder die selbstorganisierten Basisgesundheitsdienste in Chiapas im Süden Mexikos (siehe www.sadec.org.mx). Dabei zeigt sich, wie wichtig Basisgruppen und unabhängige Netzwerke sind, um das Recht auf Gesundheit gegen ökonomische Interessen durchzusetzen.

VUA

Vereinigung
unabhängiger
Ärztinnen
und Ärzte

**für ein gerechtes
und soziales
Gesundheitswesen**

email •• sekretariat@vua.ch
web •• www.vua.ch
Adresse •• Postfach 2309, 8031 Zürich

Das Forum für ÄrztInnen & MedizinstudentInnen mit einem kritischen Blick auf die Medizin • Eine Stimme gegen neoliberalen Mainstream und für eine solidarische Gesundheitspolitik. • Besuche unsere Website für Informationen zu Publikationen und Diskussionsabenden!

Literatur

- BUKO Pharma-Kampagne, 2004: Pharma-Brief Spezial Nr. 1/2004: Hand in Hand mit der Industrie? Nützen 'Public-Private Partnerships' Entwicklung und Gesundheit? Bremen
- Davis, Mike, 2005: Vogelgrippe. Zur gesellschaftlichen Produktion von Epidemien. Berlin
- Davis, Mike, 2009: Kapitalismus im Nasenloch. In: WOZ Die Wochenzeitung, Nr.18, Zürich
- Deppe, Hans-Ulrich, 2001: Nicht alles der blinden Macht des Marktes überlassen. Zur Kommerzialisierung des Menschenrechts Gesundheit. In: Soziale Medizin, 5/01, Basel
- Edding, Miriam, 2007: It's the wave of the future – catch it now! Der neue Trend zur Rettung der Welt: Philanthro-Kapitalismus. In: Fantômas – Magazin für linke Debatte und Praxis, Nr.12, Hamburg
- Feyerabend, Erika, 2005: Identitätspolitik in der Peripherie. Über Kranke und 'Risiko-kante' in der Normalisierungsgesellschaft. In: Fantômas – Magazin für linke Debatte und Praxis, Nr. 7. Hamburg
- medico international, 2008: Global – Ge-recht – Gesund? Fakten, Hintergründe und Strategien zur Weltgesundheit. Attac Basis Texte 30. Hamburg
- Missoni, Eduardo, 2009: A long way back towards Health for All. In: medicus mundi Schweiz: 30 Jahre nach Alma Ata. Die Zukunft von Community Health. Bulletin Nr.111. Basel
- People's Health Movement (PHM) et al., 2008: Global Health Watch 2. An Alternative World Health Report. Zed Books Ltd. London
- Streule Maimaitekerimu, Monika, 2008: Globale Ökonomisierung von Gesundheit. In: medico international schweiz, Bulletin 4/08, Nr.153. Zürich
- Wagner, Christian, 2007: Public Private Partnerships im Gesundheitswesen. In: medico international: Was tun? Kritische Kampagnenarbeit in Zeiten der Globalisierung. Frankfurt /M.
- Wulf, Andreas, 2001: Globalisierung und Gesundheit – wenn aus Patienten Kunden werden. In: express, 11-12. Frankfurt/M.

Luxus Gesundheit?

Basismedizinische Solidarität im Trikont –
Pharmawatch hier:

Kampagne zu Biopiraterie, globaler Pharmapolitik
und Privatisierung der Gesundheit

GESUNDHEIT FÜR ALLE!

www.medicointernational.ch



medico international schweiz
Centrale Sanitaire Suisse, CSS Zürich

Care und Migration

Tagungsbericht

Die Konferenz Care und Migration, die am 23. und 24. April 2009 durch das Cornelia Goethe Centrum an der Goethe-Universität Frankfurt ausgerichtet wurde, beschäftigte sich mit „den Auswirkungen der Reproduktionskrise für die neuen Migrationen“. Zu dieser Reproduktionskrise komme es, weil Frauen in Westeuropa zwar zunehmend in den Arbeitsmarkt integriert würden, sich die familiäre Arbeitsteilung jedoch nicht entsprechend verändere: die Reproduktions- und Pflegearbeit wird nach wie vor für weibliche Arbeit gehalten. Die so entstehende Lücke werde oft von zumeist irregulär beschäftigten Migrantinnen gefüllt, deren Migration zu sogenannten Care Chains führe: Frauen migrieren, um als Haushälterinnen, Kindermädchen, Köchinnen zu arbeiten und mit dieser Arbeit ihre Familie zu ernähren, während die Betreuung der eigenen Kinder entweder weiblichen Angehörigen oder auch Migrantinnen aus noch ärmeren Weltregionen überlassen bleibt.

Unter dem Motto „Who Cares?“ wurden auf der Konferenz Fragen nach den Bedingungen von familiärer Arbeit, den Auswirkungen der Finanzkrise auf die soziale Reproduktion, dem Verhältnis von Care und Citizenship sowie transnationalen Betreuungsketten und -netzwerken diskutiert und Ausblicke auf mögliche politische Handlungsfelder gewonnen.

Im ersten Panel unter dem Titel „Care-Debatten, Care-Ökonomie, Transnationale Problemstellungen“ wurde der Stand der Debatte um Care und familiäre Arbeit dargelegt und in die

aktuelle Krise auf den Finanzmärkten eingebettet. Der Abendvortrag stand unter dem Titel „Global Traffic, Female Services and Emotional Life“. Die Panels am zweiten Tag widmeten sich den Themen „Citizenship, Care and Migration“ und „Care Chains, Care Drain, Transnational Relations“. Die abschließende Roundtable-Diskussion widmete sich dem Thema „Policy Probleme im Bereich Care und Migration“.

Margit Brückner (FH Frankfurt am Main) präsentierte einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungsstränge der Care-Debatte in den letzten 30 Jahren. Deren Ausgangspunkte waren Fragen nach der Hausarbeit und die Thematisierung einer weiblichen Fürsorgemoral. Dies änderte sich in den 1990er Jahren, als mit der Ausrichtung auf geschlechterdemokratische Forderungen sowie mit dem Einbezug intersektioneller und dekonstruktionstheoretischer Ansätze ein Neuanfang der Care-Debatte stattfand. Mit der stärkeren internationalen Vernetzung der Care-Theoretikerinnen sowie der neoliberalen Angleichung der Welfare-Regime zeichnen sich Tendenzen der Vereinheitlichung ab, die jedoch über länderspezifische Kontexte nicht hinwegtäuschen dürfen, wenngleich sie zu einer Neubestimmung des Arbeitsbegriffs und einer Neubewertung von Care als Basis von Citizenship Rights beigetragen haben.

Die in den letzten Jahren verstärkte Thematisierung von Care, so wurde festgehalten, führe allerdings nicht dazu, dass die schwindenden klassischen Versorgungsformen wie Familie und öffentliche Einrichtungen hin-

reichend durch neue legale Formen ersetzt werden. Vielmehr werde diese Versorgungslücke im Rahmen eines Welfare-Mix zunehmend durch die Entstehung eines grauen Arbeitsmarktes kompensiert, in dem in steigendem Maße Migrantinnen tätig sind. Der mangelnde Einbezug von Männern in die Fürsorgepraxis sowie die Perpetuierung der globalisierten Arbeitsteilung geben nach wie vor Anlass zur feministischen Kritik.

Die Auswirkungen gegenwärtiger sozialer Wandlungsprozesse auf Care im Bereich der privaten Fürsorgeleistung von Familien wurde von Karin Jurczek (Deutsches Jugendinstitut, München) vorgestellt. Die doppelte Entgrenzung von Familie und Erwerbsarbeit führe dazu, dass die Trennungslinie zwischen diesen beiden Bereichen in Folge von Flexibilisierung und Entstandardisierung unschärfer wird. Der Versuch, beide Bereiche zu vereinen, werde, wie neuere Untersuchungen zeigen, von Frauen (und zunehmend auch von Männern) als starke Belastung wahrgenommen und sei nur unter prekären Bedingungen möglich, was zu neuen Versorgungslücken führt. Die Stabilität des Reproduktionsbereichs sei unter diesen Bedingungen nur schwer aufrechtzuerhalten. Neue Möglichkeiten zur Kompensation sind (noch) nicht in Sicht. Vielmehr würde versucht, die Care-Gaps durch individuelles Handeln zu kompensieren, wodurch Grenzen der Belastbarkeit schnell erreicht und überschritten werden.

Brigitte Young (Universität Münster) stellte Überlegungen zum Zusammenhang von Gender und globalisierten Finanzmärkten an. Die geringe Präsenz von Frauen im Finanzsektor und das mangelnde feministische Nachdenken über dieses Thema sei weniger auf Desinteresse als auf subtile Formen der Ausgrenzung in der männlich geprägten

Finanzwelt zurückzuführen. Die derzeitige Finanzkrise stelle für die feministische Ökonomie eine Chance dar, da jene dem Glauben an die Selbstregulierung des Marktes längst abgeschworen und von der Vorstellung einer männlichen Prädisposition zum effizienten Wirtschaften Abschied genommen hat.

Anhand der Auswirkungen der Subprime-Krise in den USA illustrierte Young eine weitere Gender-Dimension des internationalen Finanzmarktes. Seit den 1980er Jahren hätten Frauen und Minoritäten zunehmend Zugang zur Ownership Society gefunden. Sie wurden jedoch – trotz höherer Kreditwürdigkeit – bei der Vergabe von Hypotheken häufig in die Subprime-Kategorie eingestuft. Dadurch seien sie von der gegenwärtigen Krise weitaus stärker betroffen als Männer. Diese geschlechtsspezifischen Hintergründe der Subprime-Krise führt Young als einen Ansatzpunkt einer feministischen Ökonomie an, die sich vor der Herausforderung sieht, die scheinbare Alternativlosigkeit zu einer auf Effizienz zielenden Wirtschaft zu überwinden.

Arlie Russell Hochschild (University of California, Berkeley) stellte im Abendvortrag die „complex emotional labour“ transnationaler Migrationsprozesse zur Diskussion. Bis ins letzte Jahrzehnt hätte sich die Migrationsforschung an einem männlich zentrierten Paradigma orientiert, das die Kosten der Migration in erster Linie unter ökonomischen Gesichtspunkten untersuchte. Die Rolle der migrierenden Männer bliebe dabei ebenso unberücksichtigt wie die Tatsache, dass die Hälfte der weltweit migrierenden Bevölkerung Frauen sind. Diese migrieren in steigendem Maße nicht aus Gründen der Familienzusammenführung, sondern alleine und als Arbeitsmigrantinnen. Viele Migrantinnen haben Kinder und

Familie, die sie zurücklassen und für die sie neben den ökonomischen Kosten auch die „emotionale Arbeit“ der Migration in Kauf nehmen.

Zugleich werde Care-Arbeit von Menschen aus den Zentren zunehmend direkt im Süden nachgefragt. Medizinischer Tourismus, die Migration von Senioren und Leihmutterschaft sind Beispiele für diese Tendenz. Welche Kosten in beiden Fällen entstehen, illustrierte Hochschild am Beispiel einer philippinischen Nanny in Hongkong und einer Leihmutter in Indien. Während Erstere zu ihrem Pflegekind ein mutterschaftliches Verhältnis aufbaut und gleichzeitig finanziell für ihre Kinder auf den Philippinen aufkommt und diese von der eigenen Mutter umsorgen lässt, bleiben der Leihmutter die Kosten der Migration erspart. Die Zeit, in der sie für eine Frau, die keine Kinder bekommen kann, ein Kind austrägt, verbringt sie unter strenger medizinischer Beobachtung in einer Klinik. Die Leihmütter können so die Existenz ihrer Familien sichern und erhalten zuletzt eine umfassende medizinische Versorgung. Die Gleichzeitigkeit von globalisierten Lebensverläufen, dem Outsourcing von preiswerten Care-Services und medizinisch-leiblichen Möglichkeiten der Reproduktion zeige, dass die Soziologie bislang mit unzulänglichen Paradigmen von Gender und Ökonomie gearbeitet hat, die Aspekte der „emotionalen Arbeit“ ausblenden.

Zu Beginn des zweiten Konferenztages leistete Ute Gerhard (Universität Bremen) die feministische Kritik am Citizenship-Modell und stellte Verbindungen zur Care-Debatte her. Obwohl Citizenship ein umstrittenes und traditionell ausschließendes männliches Konzept sei, biete es als ein normatives den theoretischen und politischen Rahmen, um Fragen nach Mitgliedschaft und rechtlichem Status, Zugehörigkeit

und Teilhabe sowie Agency und lebendiger Erfahrung zu analysieren. Die private Verantwortlichkeit für das Sorgen, die als Teil geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung auch Auswirkungen auf den Zugang von Citizenship Rights habe, hindere Frauen nicht nur an wirtschaftlicher, sondern auch an politischer Partizipation. Die feministische Kritik an der Trennung von Öffentlichem und Privatem ermögliche es, Care als elementaren Bestandteil gesellschaftlich notwendiger Arbeit zu diskutieren und daraus Ansprüche auf Citizenship abzuleiten.

Daran anschließend diskutierte Ursula Apitzsch (Universität Frankfurt) die Gender-Dimensionen von Pflegearbeit und die Möglichkeiten von Citizenship im Kontext feminisierter Migrationsnetzwerke. Das Entstehen von globalen Care Chains und weiblichen Migrationsnetzwerken werde begünstigt durch die gesteigerte Nachfrage nach irregulär beschäftigten weiblichen Haushalts- und Pflegekräften. Bezugnehmend auf T.C. Marshalls Konzept von Citizenship, das soziale, politische und zivile Rechte einbezieht, verdeutlichte Apitzsch die Genderdichotomie, welche durch die einseitige Ausrichtung am männlichen Erwerbsarbeitsmodell Care-Arbeit als Grundlage sozialer Rechte ausschließe.

Die Frage, die sich dabei stellt, ist, wie Care-Arbeit vor dem Hintergrund von Geschlechterdichotomie und Citizenship definiert wird und wie dies auf die konkrete Praxis von Care zurückwirkt. Apitzsch vertrat die Auffassung, dass der legale Rahmen von Citizenship die tatsächliche Care-Arbeit reflektieren müsse. Legalisierungspolitiken und migrationspolitische Selbstorganisation könnten hierbei unterstützend sein. Sie regte auch an, über neue Formen der Staatsbürgerschaft im Sinne einer Stadtbürgerschaft nachzudenken, um so

illegalisierten Pflege-Arbeiterinnen auf der globalen Ebene die Partizipation an sozialen Rechten zu ermöglichen.

Helma Lutz und Ewa Palenga-Möllnbeck (Universität Frankfurt) stellten in der anschließenden Sektion Zwischenergebnisse ihrer gemeinsamen Forschung über „Global Care Chains“ und „Care Gaps“ am Beispiel der Migration von Frauen vor, die aus Polen nach Deutschland und aus der Ukraine nach Polen migrieren. Im Mittelpunkt ihres Interesses steht die Frage nach der Bedeutung von transnationaler Mutterschaft für versorgungsbedürftige Kinder und zurückgebliebene ältere Familienmitglieder. Sie untersuchen, wie Migration, Gender und Care-Regime in den Aufnahme- und Sendeländern zusammenwirken und den Migrationsverlauf sowie die Rückkehr beeinflussen.

In ihrer Präsentation illustrierten sie individuelle und familiäre Strategien, um die Versorgung von Kindern und älteren Familienmitgliedern zu bewältigen. Entgegen einer in der Migrationsforschung weitverbreiteten Annahme, dass Arbeitsmigration von Müttern notwendig zu einer Fragmentierung ihrer Familie führe, könnten transnationale Care-Vereinbarungen sehr gut organisiert werden. Die durch moderne Medien erleichterte Kommunikation ermögliche eine regelmäßige Präsenz, die jedoch die physische Präsenz nur bedingt ersetzen könne. Die Skandalisierung der abwesenden Mütter durch die polnischen und ukrainischen nationalen Medien zementiere traditionelle Gender-Vorstellungen, in denen die Migration von Männern immer noch die Norm sei. Die von den Familien getragenen sozialen Kosten dieser Bewältigungsstrategien würden dabei ignoriert.

Helen Schwenken (Universität Kassel) informierte über das Verhältnis von migrantischer Selbstorganisation und

Gewerkschaften sowie über die Diskussion um die rechtliche und soziale Anerkennung von (illegalen) im Care-Sektor tätigen MigrantInnen, wie sie gegenwärtig u.a. in der International Labour Organisation (ILO) geführt wird. Schwenken wies darauf hin, dass nationale Arbeitsmarktbestimmungen und Gewerkschaftsorganisationen lokal agierenden Aktivistinnen oft eine effektive Vernetzung und Zusammenarbeit erschweren. Themen wie Gender, Migration und Illegalität, die vornehmlich auf der lokalen Ebene verhandelt werden, finden auf der globalen Ebene wenig Beachtung.

In der ILO werden MigrantInnen, die in Haushalten arbeiten, bislang nicht als ArbeiterInnen anerkannt. Mit anschaulichem Material über Formen der Selbstorganisationen in Asien, den USA und der EU kontextualisiert Schwenken deren Aktionsmöglichkeiten und Strategien. Trotz der bestehenden Defizite in der Anerkennung (illegaler) Care-ArbeiterInnen durch gewerkschaftliche und staatliche Institutionen sei ein langsamer Wandel festzustellen. So stünde die ILO davor, eine Resolution zur Situation illegal beschäftigter MigrantInnen anzunehmen. Diese Konzentration auf Fragen nach rechtlicher Absicherung und Anerkennung sei als zukunftsweisend einzuschätzen, da es gilt, die begrenzten Handlungsspielräume im Zusammenhang mit Migration auszuweiten, statt jene vor allem im Diskurs über innere Sicherheit, organisierte Kriminalität und Terrorismus einzuengen.

In der abschließenden Roundtable-Diskussion wurden Ergebnisse und Wirkungen bisheriger Care-Arrangements in einzelnen Praxisfeldern und arbeitsmarktpolitische Diskursen erörtert.

Maria Rerrich (FH München) hob hervor, dass in der politischen und

wissenschaftliche Diskussion das Thema Care bislang zu stark auf Einzelbereiche fixiert sei. Diese würden ungenügend zueinander in Beziehung gesetzt und nicht als Teile eines Gesamtsystems betrachtet. Viele Aspekte von Care blieben dadurch politisch unerkannt. Auch fördere die Fokussierung auf einzelne Kategorien wie Gender und Ethnizität eine Trivialisierung von Hausarbeit.

Maria Kontos (Universität Frankfurt) stellte Ergebnisse aus dem EU-Projekt „Integration of Female Immigrants in Labour Market and Society and Policy-Recommendations“ vor. Durch die Abschaffung des Schwarzarbeitgesetzes für den privaten Haushaltsbereich werde die Legalisierung irregulär beschäftigter Haushaltshilfen begünstigt. Dies sei für Frauen in diesem Sektor jedoch eher von Nachteil. So verlören beispielsweise irregulär beschäftigte polnische Migrantinnen mit der Legalisierung ihre Rentenansprüche in ihrem Herkunftsland. Gabriele Wenner (Frauenreferat der Stadt Frankfurt) stellte die Angebote des Frauenreferats der Stadt Frankfurt für illegal beschäftigte und nicht-beschäftigte Migrantinnen vor. Das Referat besteht seit zwanzig Jahren und arbeitet u.a. in den Bereichen Gewaltschutz, Mädchenpolitik, Arbeitsmarkt und Bildung.

Juliane Karakayali (Universität Frankfurt) vertrat die Ansicht, dass die Probleme illegaler Pflegekräfte durch eine Legalisierung nur bedingt gelöst werden könnten. Die Arbeitsbedingungen von legalen und illegalen Care-Arbeiterinnen ähnelten sich stark, beide Gruppen seien von Ausbeutung, sexuellem Missbrauch und entgrenzten Arbeitszeiten betroffen. Eine Legalisierung schaffe zwar formal die Bedingungen, dagegen vorzugehen, doch würde dieser Schritt in den wenigsten Fällen getan, da den Frauen dafür die Ressourcen fehlten und sie Angst um ihren Arbeitsplatz hätten.

Den Organisatorinnen Prof. Ursula Apitzsch, Dr. Marianne Schmidbaur und Dr. Kyoko Shinozaki ist es gelungen, ein abwechslungsreiches und theoretisch anspruchsvolles Programm zu realisieren. Die Konferenz hat die Bandbreite der Care-Debatte deutlich gemacht, die Diskussion zentraler Begriffe wurde durch die Präsentation empirischer Arbeiten konkretisiert. Auch die eröffneten Policy-Perspektiven am Schluss der Konferenz waren anregend. Schade nur, dass diejenigen, die im Fokus der Konferenz standen – illegalisierte, migrantische Care-Arbeiterinnen – nicht zu Wort gekommen sind.



EUROPA-MAGAZIN

EU-kritisch, ökologisch, sozial
Postfach, 8048 Zürich
fax: 031 731 29 13
forum@europa-magazin.ch
<http://www.europa-magazin.ch>

Wie krisenfest ist die duale Berufsbildung?

Zur Berufsbildungsforschung und Berufsbildungspolitik in der Schweiz

Lange fehlte es an vertiefenden, über die enge Ressortforschung des Bundes hinausweisenden Diskussionen und historischen Studien über die Entwicklung der Berufsbildung in der Schweiz. Seit kurzem hat sich dies verändert. Mehrere neuere Publikationen, darunter Berichte der OECD, enthalten Thesen, die zu verarbeiten wären. Schweizerische Berufsbildungspolitik wird auch dank diesem erweiterten Blickfeld deutlich spannender und herausfordernder. Die brisanteste Herausforderung: Wie bewältigt die Berufsbildung die nun auch auf den Lehrstellenmarkt durchschlagende Krise?

Noch 1999, als eine Expertenkommission begann, das neue, 2004 in Kraft getretene Berufsbildungsgesetz zu erarbeiten, erhielten wir vonseiten der Fachbehörden und der Forschung auf fast alle unsere Fragen eine abschlägige Antwort: Für eine seriöse Beantwortung lägen leider keine Daten und Erkenntnisse vor. Die Berufsbildung war das Stiefkind in der Bildungsforschung, entsprechend ihrem tieferen gesellschaftlichen Ansehen bei den Schweizer Eliten, die sich in der Regel an der akademischen Laufbahn orientieren. Damals mussten für alle wichtigen Fragen kurzfristig Forschungsaufträge an KOF/ETH, Uni-Institute oder Beratungsfirmen vergeben werden.

Gleichzeitig mit der Inkraftsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes initiierte und finanzierte deshalb das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) ein neues Forschungsprogramm in der Berufsbildung – und setzte damit auch neue Impulse. Sechs Themenkreise wurden definiert

und sogenannten „Leading Houses“ zugeordnet (www.bbt.admin.ch /Berufsbildung, Berufsbildungsforschung). In der Öffentlichkeit haben bisher allerdings nur die Resultate zu Kosten und Nutzen der Berufsbildung aus dem Themenkreis „Berufsbildungsökonomie“ eine gewisse Aufmerksamkeit erhalten; sie konnten auch für die Kampagne von Bund und Kantonen zur Stärkung der Berufsbildung und zur Förderung von Lehrstellen (www.berufsbildungplus.ch) eingesetzt werden. Die verschiedenen Forschungsarbeiten wurden einem Fachpublikum am „Internationalen Berufsbildungskongress“ vom 25. bis 27. März 2009 am Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) vorgestellt (www.ehb-schweiz.ch). An diesem Kongress wurde auch die vom BBT mitfinanzierte neue wissenschaftliche Zeitschrift „Empirical Research in Vocational Education and Training“ (ERVET) vorgestellt. In zwei Jahren soll ein Folgekongress stattfinden.

Für die weitere Entwicklung der Berufsbildungsforschung ist es allerdings wichtig, dass die bisher vom BBT lancierten und gesteuerten Forschungsschwerpunkte möglichst rasch von der freien Forschung übernommen werden, und dass alle Hochschulen, die das anstreben, daran partizipieren können. Der Zuschlag darf nur nach Qualitätskriterien des Projekt-Designs und der bisherigen Forschungskompetenz erfolgen. Die Grundlagenforschung ist dabei ebenso zu fördern wie die steuerungsorientierte Forschung. Das bisher dominierende kleine Leitungsnetzwerk der „Leading Houses“ muss deutlich erweitert werden.

Internationale Aufmerksamkeit für die duale Berufsbildung in der Wirtschaftskrise

Unter dem Eindruck der hohen Jugendarbeitslosigkeit auch in den hochentwickelten Ländern ist das Interesse der OECD an den Ländern mit dualen Berufsbildungssystemen stark gestiegen. Im März und im April 2009 veröffentlichte die OECD zwei Berichte zur Schweiz – einen zur Innovationskraft des Berufsbildungssystems (OECD 2009a) und einen allgemeinen Länderbericht zum Berufsbildungssystem (OECD 2009b). Im Mai 2009 erfolgte die Veröffentlichung eines vergleichenden Länderberichts zur Berufsbildung. Die OECD gibt dem schweizerischen Berufsbildungssystem allgemein gute Noten. Sie weist in ihren Empfehlungen aber auch deutlich auf die Grenzen der Berufsbildung hin. Insbesondere unterstreicht der Länderbericht die negativen Auswirkungen der laufenden Wirtschaftskrise auf den Lehrstellenmarkt. Die OECD empfiehlt der Schweiz nicht nur, die Datenlage über die Berufsbildung zu verbessern, sondern auch mittels staatlicher Angebote im Falle des Marktversagens eine Bildungsrationierung zu verhindern. Auszubildende Betriebe sollen, zeitlich limitiert, während der Krise finanzielle Anreize erhalten.

Insbesondere die öffentliche Verwaltung soll ihr Ausbildungsengagement erhöhen. Auch die Genderfrage – für Frauen stehen deutlich weniger Lernberufe offen als für Männern – erfordert nach Einschätzung der OECD spezifische Anstrengungen, ebenso der ungenügende Sprachenunterricht in der Berufsbildung. Die OECD empfiehlt der Schweiz mit Blick auf die tiefe Wirtschaftskrise auch, mehr staatlich finanzierte Angebote an Vollzeitschulen der Berufsbildung (öffentliche

Lehrwerkstätten) zur Verfügung zu stellen, zumindest bis zum nächsten Aufschwung. Die OECD-Länderberichte bestätigen in allen zentralen Punkten die Kritik, die wir seit Jahren vertreten, und sie stützen unsere Vorschläge.

Die Empfehlung zusätzlicher Vollzeitschulen wird durch eine erst kürzlich erschienene Vergleichsstudie zum Berufsbildungssystem in den Niederlanden und in der Schweiz untermauert, die die Akzeptanz von vollschulischen und dualen Berufsbildungswegen auf dem Arbeitsmarkt überprüfte: „In beiden Ländern erachten die Arbeitgeber die Kompetenzen der Jugendlichen aus beiden Ausbildungswegen als identisch, abgesehen von einigen Nuancen. Nach einer Betriebslehre scheinen Jugendliche unmittelbar effizienter; sie fügen sich ein und kooperieren besser. Die Absolventen einer Vollzeitschule hingegen lassen mittel- und langfristige ein grösseres Potenzial vermuten, da sie problemorientiert vorgehen und offener sind für Weiterbildung und Innovation.“ (Zulauf 2009)

Unverständlich ist allerdings, dass der in der deutschen Debatte vorgebrachte Vorschlag, die Lehrlingslöhne, zumindest vorübergehend, zu senken, von der OECD nun auch an die Schweiz gerichtet wird, obwohl die Kosten-Nutzen-Studien gerade wegen der tiefen und seit über zehn Jahren stagnierenden Lehrlingslöhne und wegen der höheren durchschnittlichen betrieblichen Produktivzeiten für die duale Berufsbildung in der Schweiz eine höhere Rentabilität nachweisen als in Deutschland. Weniger kritisch sieht eine im Auftrag der Bertelsmann Stiftung Ende 2008 veröffentlichte Studie (Rauner 2008) die Schweizer Berufsbildung: Das deutsche und das schweizerische System vergleichend kommt sie zum Schluss, Deutschland solle sich an den

effizienteren Steuerungsmechanismen der Schweiz orientieren, um wieder mehr Jugendlichen Ausbildungsplätze zu verschaffen.

Berufsbildungsdebatte zwischen Idealisierung und Problematisierung

Ausserhalb der Auftragsforschung sind in letzter Zeit etliche Publikationen erschienen, die der Berufsbildungssteuerung neue Impulse geben können. Das Buch von Rudolf Strahm „Warum wir so reich sind“ (2008) hat ein für das Thema Berufsbildung breites Echo ausgelöst. Je nach Standpunkt kann dieses sehr anregende und – wie immer bei Strahm – auch didaktisch für den Berufsfachschulunterricht hervorragend aufbereitete Buch als Verteidigungsschrift, ja beinahe als Idealisierung oder aber als Problematisierung der schweizerischen dualen Berufsbildung gelesen werden. Die Rezeption dieses Buches scheint bisher eher Ersterem zu folgen.

Den, wenn auch ungleich verteilten Reichtum in der Schweiz führt Strahm vor allem auf den Erfolg der dualen Berufsbildung zurück. Er relativiert diese monokausale Erklärung allerdings gleich selbst, wenn auch nicht explizit. Die Beschäftigungsquote in der Schweiz ist zwar hoch, beruht aber auf einem gewichtigen Anteil an Kleinpensen, von denen vor allem Frauen (auch unfreiwillig) betroffen sind. Die bezahlte Arbeit wird zu 65 Prozent von Männern und nur zu 35 Prozent von Frauen geleistet. Gerade umgekehrt verhält es sich bei der unbezahlten Arbeit: Diese wird zu 65 Prozent von Frauen und nur zu 35 Prozent von Männern geleistet, obwohl diese Arbeit volkswirtschaftlich etwa gleichviel Wert erzeugt. Die Frauen sind auch innerhalb des (Berufs-)Bildungssystems benachteiligt. Berücksichtigt

man zudem die fehlenden Betreuungsangebote bzw. die Abwesenheit der Väter in der Care-Ökonomie, so führt dies zu einer *ungleichen* Verteilung des Reichtums. Oder anders gesagt: Trotz Berufsbildung sind viele Menschen nicht vor Armut oder Benachteiligung gefeit. Und: Berufsbildung als Chance zu beruflicher und persönlicher Entfaltung kann durch die asymmetrische Lastenverteilung wieder zunichte gemacht werden.

Anzumerken ist ferner, dass ein grosses Beschäftigungssegment, auf das sich der wirtschaftliche Reichtum der Chefs in der Schweiz ebenfalls abstützt, aus Personen besteht, die nur zum geringsten Teil das duale Berufsbildungssystem durchlaufen haben: Es sind die 2.2 Mio. Arbeitsplätze, die durch die 630 Mrd. Schweizer Franken Direktinvestitionen im Ausland geschaffen wurden (Stand 2006), und die zu den knapp vier Millionen Lohnabhängigen im Inland hinzuzuzählen sind. Kritisch ist auch Strahms Einschätzung der Krisenfestigkeit der dualen Berufsbildung zu beurteilen. Für die Ermessung des Ausmasses der Jugendarbeitslosigkeit ist nämlich nur ihr Verhältnis zur durchschnittlichen Arbeitslosigkeit aussagekräftig. Die 90er Jahre haben gezeigt: Auch das schweizerische duale Berufsbildungssystem konnte aus konjunkturellen und strukturellen Gründen nicht verhindern, dass die Jugendarbeitslosigkeitsrate sich verdoppelte und das Niveau anderer Länder erreichte.

Dabei gilt es zusätzlich zu berücksichtigen, dass mittlerweile ein Fünftel der Schulabgänger/innen in die Mehrheit über Steuergelder oder über die Arbeitslosenversicherung finanzierten Warteschlangen der Brückenangebote geschickt und mehrere Tausend Jugendliche jährlich von keiner Statistik erfasst werden. Fraglich sind auch die

von Strahm angeführten Vergleiche zwischen der Deutschschweiz (durch duale Berufsbildung geprägt) und der Romandie (viel höherer Anteil vollzeitschulischer Berufsbildung), haben sich doch mit der Verschärfung der Krise die Jugendarbeitslosigkeitsraten in beiden Landesteilen angeglichen.

Strahm ortet einige strukturelle Defizite der dualen Berufsbildung in der Schweiz, die wir bestätigen können: so etwa die Diskriminierung der Migrant/innen; oder die überdurchschnittliche Ausbildungsrate in Gewerbe und Exportindustrie gegenüber einer mangelnden Ausbildungsbereitschaft und -intensität im Dienstleistungsbereich sowie in den Firmen mit ausländischem Eigentümer. Letzteren Befund hat eine im Frühjahr 2009 veröffentlichte Erhebung der KOF/ETH bestätigt (Hollenstein/Stucki 2009): Ausländisch beherrschte Firmen weisen eine wesentlich tiefere Bereitschaft zur Ausbildung von Lehrlingen auf. Fazit: Strahms Buch ist sehr informativ, engagiert und kritisch. Es ist der Entwicklung der Schweizer Berufsbildung dort vor allem dienlich, wo diese in der Analyse nicht unnötigerweise idealisiert, sondern realistisch eingeschätzt wird.

Bildungssystem nivelliert soziale Ungleichheiten nicht

Fast zeitgleich sind auch deutlich kritischere Diskussionsbeiträge zum Berufsbildungssystem erschienen, die die soziale Ungleichheit in der Bildung und nicht den ökonomischen Nutzen im Fokus haben: Im Sozialbericht 2008 weist Thomas Meyer (2009) in seinem Beitrag „Wer hat, dem wird gegeben: Bildungsungleichheit in der Schweiz“ eindrücklich nach, wie die Selektionsmechanismen im schweizerischen Bildungssystem die soziale „Vererbung“ des Bildungsstatus zementieren. Er

weist nach, dass das „Migrantenproblem“ im Grunde kein kulturelles oder ethnisches, sondern ein Problem der sozialen Schichtung ist und dass „der ausgeprägte und dauerhafte Mangel an Ausbildungsplätzen auf der Sekundarstufe II ungleichheitsverschärfend wirkt“.

Im Caritas-Sozialalmanach 2009 zeigt Ernest Albert („Passt der Nachwuchs?“), wie die sich beschleunigt wandelnde Gesellschaft die Stärken eines auf Verbindlichkeit ausgelegten Berufsbildungssystems unterwandert. Er warnt vor den Nachteilen, die eine sture Orientierung an der Norm: „Nachwuchs und Bildungssystem haben auf den Bedarf der Arbeitgeber zu passen“ mit sich bringt.

Grundsätzlicher wird in dem von Michael Gemperle/Peter Streckeisen (2007) herausgegebenen Buch „Ein neues Zeitalter des Wissens?“ argumentiert. Im einleitenden Artikel wird die ideologische Überladung des Begriffs der „Wissengesellschaft“ analysiert und gezeigt, wie „Wissen als anthropologisches Phänomen untrennbar mit jeder menschlichen Tätigkeit verbunden (ist) und sich demnach schlecht zur Unterscheidung historischer Gesellschaftsformationen eignet“ (S. 43). Dieser wichtigen allgemeinen Kritik vermögen dann die folgenden Beiträge keine zusätzlich neue Erkenntnisse beizusteuern. Auch der einzige Beitrag in französischer Sprache, der sich ausschliesslich der Berufsbildung widmet, bleibt zu stark in Allgemeinplätzen stecken.

Zur Geschichte der Berufsbildung und der Jugendarbeitslosigkeit

Der breit angelegte Diskussionsband „75 Jahre eidg. Berufsbildungsgesetz“ (Bauder/Osterwalder 2008) zeigt eindrücklich auf, wie das schweizerische

Berufsbildungssystem sich historisch entwickelt, von welchen internationalen Einflüssen und Debatten es Impulse aufgenommen und wo es eigene Wege beschritten hat. Die unterschiedlichen Strategien der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen werden anschaulich referiert und mit Originaldokumenten der Exponent/innen veranschaulicht. Der differenzierte und anregende Diskussionsbeitrag von Tibor Bauder und Fritz Osterwalder von der Universität Bern verdiente eine breitere Aufmerksamkeit. Auch die historische Aufarbeitung des „Bildungsraum Schweiz“ von Martina Späni kommt zu ähnlichen Einschätzungen wie Bauder und Osterwalder.

Wer sich die Frage stellt, warum es so schwierig ist, in der reichen Schweiz – besser: in der Schweiz der Reichen – ein Bildungssystem zu schaffen, das den sozialen Bedürfnissen aller Jugendlichen gerecht wird, erhält interessante Teilantworten von einer eben veröffentlichten Diplomarbeit an der Fachhochschule Soziale Arbeit Bern. Kathrin Iten und Aline Schulthess schreiben in der Zeitschrift „Panorama“ 1/09 zu ihrer Arbeit „Jugendarbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jah-

ren“: „Vieles in unserer Untersuchung deutet darauf hin, dass sich die Werte und Normen im Vergleich zu den 30er Jahren verändert haben: den jugendlichen Arbeitslosen wird heute von der Gesellschaft weniger Solidarität und Wertschätzung entgegengebracht. Aus damaliger Sicht wurden die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht dem Individuum zugeschrieben, sondern lagen strukturell in der schlechten Wirtschaftslage begründet. Arbeitslose wurden als ‚Opfer‘ wahrgenommen, was sich denn auch in einem positiven Bild der Betroffenen spiegelte.“ (S. 19/20)

In den kommenden Monaten und Jahren wird das duale Berufsbildungssystem nach einer nur kurzen und schwachen Erholung im Angebot von Lehrstellen durch die Krise erneut auf die Probe gestellt. Was zu tun ist, wissen wir heute besser als 1999. Ob es getan wird, hängt vom politischen Willen der entscheidenden Akteure ab. Und dazu zählen die Jugendlichen selbst. Es sollte niemanden überraschen, wenn nach dieser bereits sehr langen Durststrecke bei einem erneuten Rückgang der Lehrstellenangebote zumindest ein Teil der Jugend sich ihrer Mobilisierungsfähigkeit erinnern wird.

Literatur

Albert, Ernest, 2009: Passt der Nachwuchs?
In: Caritas (Hrsg.): Sozialalmanach 2009. Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Luzern
Bauder, Tibor / Osterwalder, Fritz (Hrsg.), 2008: 75 Jahre eidg. Berufsbildungsgesetz. hep, Bern
Criblez, Lucien (Hrsg.), 2008: Bildungsraum Schweiz. Haupt, Bern
Gemperle, Michael / Streckeisen, Peter (Hrsg.), 2007: Ein neues Zeitalter des Wissens? Seismo, Zürich
Hollenstein, Heinz / Stucki, Tobias, 2009: Determinanten des Angebots an Lehrstellen. KOF/ETH-Analysen, Zürich

Iten, Kathrin / Schulthess, Aline, 2008: Jugendarbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren. FH Soziale Arbeit. Bern (vgl. Panorama 1/09)
Meyer, Thomas, 2009: Wer hat, dem wird gegeben: Bildungsungleichheit in der Schweiz. In: Suter, Christian et al. (Hrsg.): Sozialbericht 2008. Seismo, Zürich
OECD, 2009a: Systemic Innovation in the Swiss Vocational Education and Training (VET-)System. Paris
OECD, 2009b: Länderbericht zur Berufsbildung in der Schweiz: Learning for

Jobs. OECD Policy Reviews of Vocational Education and Training. Paris, April 2009 (vorerst nur im Internet in Englisch verfügbar. Link über www.bbt.admin.ch/Internationales)
Rauner, Felix, 2008: Steuerung der beruflichen Bildung im internationalen Vergleich. Bertelsmann Stiftung, Berlin
Späni, Martina, 2008: Der Bund und die

Berufsbildung – von der „verfassungswidrigen Praxis“ zum kooperativen Monopol. In: Criblez, Lucien (Hrsg.): Bildungsraum Schweiz. Haupt, Bern
Strahm, Rudolf, 2008: Warum wir so reich sind. hep, Bern
Zulauf, Daniel, 2009: Vollzeitschule vs. Betriebslehre. Niederlande und Schweiz im Vergleich. In: Panorama Heft 2

«Was wir heutzutage als Burnout erleben, ist nicht allein ein Zuviel an Anforderung, sondern vor allem ein Zuwenig an Sinn.»



Neue Seiten für wache Männer

Die Männerzeitung erscheint vier Mal im Jahr und greift in jeder Nummer ein Thema rund um Familie, Arbeit und Gesundheit auf. Sie versteht sich als männliche Stimme im Dialog der Geschlechter.

Bestellung eines Abonnement über
www.maennerzeitung.ch/abo oder
0041 71'244'85'63 (Beantworter)

Richard Sennetts Verteidigung des Handwerks

Gelesen habe ich Richard Sennetts Buch „Handwerk“ in einem Lektürekurs mit einer Gruppe von Leuten, die mehrheitlich ohne akademische Ausbildung waren. Diese bekundeten zwar manchmal ihre Mühe, gewisse theoretische Begriffe, Überlegungen und Anspielungen zu verstehen. Sie bezogen jedoch Sennetts Ausführungen immer auf ihre eigenen Erfahrungen in und mit der Arbeit, was nicht nur die Lektüre zu einer spannenden Auseinandersetzung gemacht hat, sondern auch Aufschluss über die Qualität des Textes und die Treffsicherheit in der Beschreibung der Sachverhalte gab. Für die meisten TeilnehmerInnen hatte sich die Lektüre gelohnt, was wohl in einem unmittelbaren Sinn so verstanden werden kann, dass ihnen gewisse Aspekte der eigenen Arbeitserfahrung klarer geworden waren. Dass die Lektüre auch in anderer Hinsicht lohnenswert ist, versuche ich im Folgenden zu zeigen. Dazu ist es allerdings nötig, etwas weiter auszuholen.

Sennett selbst beginnt sein Buch mit einer Anekdote über „meine Lehrerin Hannah Arendt“ (2008, 9). Der Leser erfährt weiter, dass Hannah Arendt hinsichtlich der Arbeit vor allem sagen wollte: „Wenn Menschen Dinge herstellen, wissen sie meist nicht, was sie tun.“ (ebd., 9) Es bleibe dahingestellt, ob das wirklich Arendts Hauptaussage war. Unbestritten ist, dass ihr Buch „The Human Condition“ vor genau fünfzig Jahren, also 1958 erschienen ist. (Die deutsche Ausgabe erschien 1967 unter dem Titel „Vita activa oder Vom tätigen Leben“.) Mit diesem Buch hat sie damals eine bis heute andauernde Diskussion über Arbeit auf einem hohen Niveau eröffnet. Bekannt ist ihre immer

wieder zitierte Aussage in den einleitenden Bemerkungen: „Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?“ (1967, 11f.)

Arendt unterscheidet in ihrem Buch drei Arten menschlicher Tätigkeit: Arbeit, Herstellen und Handeln (labour, work, action). Sennett bezieht sich nur auf die beiden ersten und kritisiert die von Arendt vorgenommene Unterscheidung zwischen *animal laborans* und *homo faber*. Auch das *animal laborans* kann denken, behauptet er, und damit hat er natürlich recht. Ob seine grundsätzliche Kritik an Arendt aber angemessen ist, ist wiederum eine andere Frage.

Seine eigene Herangehensweise in der Studie „Handwerk“ bezeichnet Sennett als „kulturellen Materialismus“. Es geht um die Frage, „was das Herstellen konkreter Dinge über uns selbst verrät“ (2008, 17), und ganz allgemein um die Bedeutung materieller Kultur. „Handwerk“ meint in diesem Zusammenhang nicht nur die konkrete Arbeit eines Schreiners oder Bäckers, sondern grundsätzlich „den Wunsch, eine Arbeit um ihrer selbst willen gut zu machen“ (ebd., 19). Dabei spielt die Verbindung zwischen Hand und Kopf eine entscheidende Rolle. „Bei jedem guten Handwerker stehen praktisches Handeln und Denken in einem ständigen Dialog. Durch diesen Dialog entwickeln sich dauerhafte Gewohnheiten, und diese Gewohnheiten führen zu einem ständigen Wechsel zwischen dem Lösen und dem Finden von Problemen.“ (ebd., 20)

Bevor wir noch etwas genauer hinschauen, was Sennett in diesem Buch he-

rausarbeitet, stellt sich die Frage, worauf sich seine Ausführungen eigentlich beziehen und sie Antworten zu geben versuchen. Meiner Ansicht nach wird der Stellenwert dieser Studie erst klar, wenn man diese Ausführungen in Beziehung setzt zu seinen kritischen Analysen in den früheren Büchern „Der flexible Mensch“ von 1998 und „Die Kultur des neuen Kapitalismus“ von 2005.

In „Der flexible Mensch“ hatte Sennett vor allem betont, dass die Erfahrung von neuen Formen der Zeit-, besonders der Arbeitszeitorganisation den arbeitenden Menschen zu schaffen macht. Das Motto dieses Wandels lautet: „Nichts Langfristiges“. In den Unternehmen werden „Stellen“ durch „Projekte“ und „Arbeitsfelder“ ersetzt. Viele Aufgaben werden an kleine Firmen und Einzelpersonen mit kurzfristigen Verträgen übertragen. Die Zeitarbeitsagenturen expandieren. Doch die arbeitenden Menschen merken, dass dieses „Nichts Langfristiges“ für sie als Regel, die in ihrem persönlichen ethischen Verhalten gelten soll, insbesondere bezogen auf ihr Familienleben, überhaupt nicht funktioniert. Denn dieser Konflikt zwischen Familie und Arbeit wirft einige Fragen auf: „Wie lassen sich langfristige Ziele in einer auf Kurzfristigkeit angelegten Gesellschaft anstreben? (...) Wie kann ein Mensch in einer Gesellschaft, die aus Episoden und Fragmenten besteht, seine Identität und Lebensgeschichte zu einer Erzählung bündeln?“ (1998, 31)

Im Buch „Die Kultur des neuen Kapitalismus“ hatte Sennett seine bisherigen Analysen wieder aufgenommen und die Veränderungen der Institutionen, der Qualifikationen und der Konsummuster aufgezeigt. Die Institutionen sind zwar entbürokratisiert worden, bringen aber eine neue Art von Ungleichheit hervor. Verlangt werden gute

Qualifikationen, allerdings für eine beschränkte Zahl von Menschen; über allen schwebt „das reale Gespenst der Nutzlosigkeit“ (2005, 102). Das Muster des Konsums bestimmt auch die politische Wahrnehmung. Und sein Urteil bleibt kritisch: Diese Veränderungen in der Arbeitswelt, im Bildungswesen und in den politischen Institutionen haben den Beschäftigten, den SchülerInnen und den BürgerInnen keine Freiheit gebracht.

Am Ende dieses Buches reflektiert Sennett drei zentrale Werte zur Orientierung: lebensgeschichtlicher Zusammenhang, Nützlichkeit und handwerkliche Einstellung. Hinsichtlich der beiden ersten diskutiert er pragmatische Ansätze, wie sie verstärkt werden könnten. Der dritte Wert, die handwerkliche Einstellung, könnte seiner Ansicht nach ein Gegengewicht zur Kultur des neuen Kapitalismus bilden. Die handwerkliche Einstellung „stellt die radikalste Herausforderung dar, lässt sich politisch aber am schwersten fassen.“ (2005, 153)

Genau diese Frage ist es, die Sennett in seinem Buch „Handwerk“ weiterverfolgt. Anhand vieler historischer und aktueller Beispiele zeigt er in drei grossen Teilen mit elf Kapiteln, was Handwerk als Verbindung von Kopf- und Handarbeit sein kann, welche Verfahren des Lernens und Übens zu handwerklichem Können führen und schliesslich, dass zu diesem Zweck Motivation wichtiger ist als Talent. Seine kulturhistorischen Illustrationen stammen aus den verschiedensten Bereichen, von der mittelalterlichen Werkstatt bis zum Musikvirtuosen, und umfassen sonst selten thematisierte Aspekte wie Materialbewusstsein oder die komplexen „Tugenden der Hand“. Das Buch schliesst mit einer „philosophischen Werkstatt“, in der sich Sennett selbst in die grosse Tradition des ame-

rikanischen Pragmatismus von William James bis Richard Rorty einreicht.

Sennett versteht seine soziologische Tätigkeit durchaus als „Ethnographie der Arbeit“. Es geht ihm darum, „von innen“ her zu zeigen, dass „gute Arbeit“ möglich ist, oder anders gesagt, dass Handwerk nicht nur eine historische Form von Arbeit ist, die zwangsläufig im Verschwinden begriffen ist, sondern eine mögliche und notwendige Form gegenwärtiger und zukünftiger Arbeit in den verschiedensten Bereichen bleiben wird. Wenn es gelingt, hält „handwerkliches Können zwei emotionale Belohnungen für den Erwerb von Fähigkeiten bereit: eine Verankerung in der greifbaren Realität und Stolz auf die eigene Arbeit“ (2008, 33).

Wie sind diese Beiträge Sennetts zur Problematik der Arbeit einzuschätzen? Seine Kombination von kritischer Analyse und philosophischer Beschreibung und Argumentation scheint mir für unsere heutige Diskussion sehr wichtig zu sein. Sie lässt sich durchaus mit den Studien von André Gorz vergleichen, der uns von der Terminologie und dem philosophischen Hintergrund her nähersteht. Bei ihm ging es ja unter anderem darum, die Arbeit „mit anderen Augen zu betrachten – nicht mehr als das, was man hat oder nicht hat, sondern als das, was wir tun“ (2000, 9). Jedenfalls genügt es meines Erachtens nicht, die Veränderungen der Arbeit nur systemtheoretisch, marxistisch und arbeitspsychologisch zu analysieren. Arbeiten bleibt für die meisten Menschen subjektiv sinnbildend in ihrem Verhältnis zur Welt, zu den anderen Menschen und zu sich selbst.

Es ist deshalb schade, dass Philosophen wie Jürgen Habermas und Peter Sloterdijk die Frage nach der Arbeit explizit nicht ins Zentrum ihres Nachdenkens gestellt haben und stattdessen von „kommunikativem Handeln“ re-

spektive von „Übung“ reden. Und der Sozialphilosoph Axel Honneth behauptet in seinem Essay „Arbeit und Anerkennung. Versuch einer Neubestimmung“ sogar, „die intellektuellen Repräsentanten der Sozialbewegungen“ hätten sich „zähneknirschend und verbittert ... von der Sphäre der gesellschaftlichen Arbeit abgewendet“ (2008, 327).

Allerdings geht Honneth in seiner eigenen Argumentation davon aus, dass nur eine „immanente Kritik“ zeigen könne, welche Ansprüche auf bessere Arbeit vernünftig und gerechtfertigt seien. Seine enge Fassung der Immanenz lässt ihn freilich ein wenig überheblich werden, wenn er zu den Forderungen und Ansprüchen von Arbeitenden schreibt: „Zwar besitzen derartige Klagen tatsächlich einen immanenten Charakter, weil sie aus dem Inneren der Gesellschaft heraus gegen existierende Regelungen vorgebracht werden, aber zugleich fehlt ihnen doch jedes Element an nachweisbarer Vernünftigkeit, das sie erst zu gerechtfertigten Massstäben einer immanenten Kritik machen würde“ (2008, 332).

Im allgemeinen scheint es Honneth „doch sehr weit hergeholt, der Zweck-tätigkeit als solcher eine handwerkliche Verfasstheit zu unterstellen“ (2008, 332). Sennetts Buch sei für ihn daher ein Versuch, „heute noch einmal das Ideal der handwerklichen, ganzheitlichen Tätigkeit zu beschwören“ und bleibe somit „dem Makel des bloss äusserlichen Standpunkts“ gegenüber der realen Arbeitswelt behaftet. „Was sich innerhalb dieser ökonomischen Sphäre an sozialen Kämpfen um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen abgespielt hat, musste sich auf ganz andere Normen berufen, als sie im Bild einer ganzheitlichen Tätigkeit utopisch festgehalten worden war.“ (2008, 331)

Honneth seinerseits versucht, im Anschluss an Hegel und Emile Durk-

heim zu zeigen, dass der kapitalistische Arbeitsmarkt selber höchst anspruchsvolle, moralische Voraussetzungen hat, nämlich im Prinzip subsistenzsichernde Entlohnung und anerkennungswürdige Arbeit zu versprechen. Diese Argumentation ist junghegelianisch interessant, bleibt aber abstrakt. Ihre Stärke hängt nach Honneth zuletzt gar davon ab, ob man sich dafür entscheidet, den Markt nicht nur unter der Perspektive der Systemintegration, sondern auch unter derjenigen der Sozialintegration zu betrachten.

Auch Peter Sloterdijk kommt in seinem neuen Buch „Du musst dein Leben ändern“ (2009) im Zusammenhang mit der Typisierung der verschiedenen Lehrer auf den Handwerksmeister zu sprechen und bezeichnet Sennetts Versuch, „die Handwerke (crafts) aus ihrer Missachtung durch die philosophische Theorie zu befreien“, „eine geistesgeschichtliche Grosstat“. (2009, 458) „Das Prinzip Handwerk gründet in der Koinzidenz von Herstellen und Üben. (...) Wer die Handwerke verteidigt, nimmt eo ipso das repetitive Lernen mitsamt seiner Langsamkeit und seiner Originalitätsferne in Schutz.“ (2009, 458) Sloterdijk

interessiert sich an dieser Stelle mehr für den Aspekt des Übens als den des Herstellens. Sein Lob kommt damit in die Nähe von Honneths Kritik. Das Handwerk ist *eine* Form der Tätigkeit. Es ist nicht die ganze Arbeit.

Beide – Honneth und Sloterdijk – werden damit aber Sennetts Absichten nicht gerecht. Letzterem geht es schliesslich um das „Handwerk der Erfahrung“ (2008, 382 ff.), das heisst um die Fertigkeiten, die für menschliches Leben wichtig sind. „Ich behaupte nicht mehr und nicht weniger, als dass die Fähigkeiten unseres Körpers im Umgang mit materiellen Dingen dieselben sind wie jene Fähigkeiten, auf die wir uns in sozialen Beziehungen stützen.“ (2008, 384)

Die Arbeit bleibt ein Problem: Von Menschen zum einen mit aller Intensität ausgeübt, wird sie zum anderen vom Kapital weltweit permanent neu geformt. Es braucht pragmatische Kämpfe für die Würde der arbeitenden Menschen. Es braucht aber auch sozialphilosophische Analysen und Reflexionen. Richard Sennett hat dazu einen ausserordentlich wertvollen und eigenwilligen Beitrag geleistet.

Literatur

Arendt, Hannah, 1967: Vita activa oder Vom tätigen Leben. (8. Aufl. 1994) München
Gorz, André, 2000: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt/M.
Honneth, Axel, 2008: Arbeit und Anerkennung. Versuch einer Neubestimmung. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 56 / 3, 327 – 341, Berlin
Sennett, Richard, 2008: Handwerk. Berlin Verlag, Berlin

Sennett, Richard, 2005: Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin
Sennett, Richard, 1998: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin
Sloterdijk, Peter, 2009: Du mußt dein Leben ändern. Über Anthropotechnik. Frankfurt/M.

Die Allgemeine Erwerbsversicherung

Das bestehende schweizerische Sozialversicherungssystem ist ein Netz, an dem seit Jahrzehnten ohne Gesamtschau geknüpft wird. Es wird immer komplizierter und weist erhebliche Mängel auf. Die meisten Einzelversicherungen orientieren sich nach wie vor am Modell der „männlichen Versorger-ehe“, das heisst, sie unterstellen kontinuierliche Arbeitsbiographien und standardisierte Arbeitszeiten. In Wirklichkeit hat sich die Erwerbsarbeitswelt in den letzten Jahrzehnten jedoch massiv verändert. Mehr und mehr Frauen sind erwerbstätig, aufgrund ihrer Doppelbelastung mit Familienpflichten vorwiegend mit kleinen Pensen. Viele Erwerbsbiographien sind von Brüchen und Wechseln geprägt. Prekarisierte Formen der Erwerbsarbeit (z.B. Scheinselbstständigkeit und Temporärarbeit) gewinnen an Bedeutung, und Kinder werden zunehmend zu einem Armutsrisiko, das nirgends abgesichert ist. Schliesslich wird das Fehlen einer obligatorischen Krankentaggeldversicherung immer problematischer.

Obwohl diese offenkundigen Mängel in breiten Kreisen der Bevölkerung bekannt sind und die Probleme von politischer Seite anerkannt werden, gibt es bislang keine echten umfassenden Reformvorschläge. Vielmehr werden die bestehenden einzelnen Sozialversicherungszweige aus politischem Kalkül gegeneinander in Stellung gebracht. In verschiedenen Revisionsrunden werden die Leistungen verschlechtert. Unter anderem wurden die Taggelder und die Leistungsdauer in der Arbeitslosenversicherung reduziert und die Renten in der IV gekürzt. Die Standardbegründung der neoliberalen „Reformer“ für diese Abbaurunden lautet jeweils, die

Selbstverantwortung jedes Einzelnen müsse gestärkt werden, jeder und jede habe als „Ich-AG“, als Manager der eigenen Arbeitskraft seine „employability“ zu steigern und verbleibende Restrisiken allenfalls privat zu versichern, statt auf die Hängematte des Sozialstaates zu hoffen. Allerdings machen gerade gegenwärtig die Massenentlassungen mehr als deutlich, dass die Erwerbs-Risiken im System hierzulande eben weitgehend nicht individuell beeinflussbar sind, sondern ihren Ursprung in der Dynamik der kapitalistisch verfassten Arbeitswelt haben und daher für die Einzelnen fremdbestimmt und unberechenbar bleiben.

Der Zeitpunkt ist nun gekommen, um das Netz für den gesamten Bereich des Erwerbsersatzes und der Existenzsicherung aus einer ganzheitlichen Sicht neu zu knüpfen. Der Vorschlag der *Allgemeinen Erwerbsversicherung AEV* gibt eine kohärente Antwort auf die Frage, wie das tiefgreifende Auseinanderklaffen zwischen der realen Entwicklung der Arbeits- und Erwerbsverhältnisse einerseits und der Ausgestaltung unseres aufgesplittert gewachsenen Sozialversicherungssystems andererseits aufzuheben ist. Der Reformvorschlag der AEV umfasst folgende Kernelemente:

- Anstelle der bisherigen Palette von Einzelversicherungen wird eine einzige Sozialversicherung geschaffen, die für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz die materielle Existenz während der Erwerbsphase sichert.
- Wer aufgrund von Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Zivil- und Militärdienst, Mutterschaft oder Einbindung in die Kleinkinderbetreuung keine oder

nur begrenzt entgeltliche Arbeit leisten kann oder keine annehmbare Arbeit zur Verfügung gestellt erhält, ist durch die AEV mittels Taggeldern in der Höhe von 80 Prozent des bisherigen Lohnes gesichert. Wer keine Unterhaltspflicht gegenüber Kindern hat, erhält 70 Prozent des letztversicherten Lohnes. Wer dauerhaft erwerbsunfähig ist, erhält eine Rente in der Höhe der Taggelder. Nach oben sind die Leistungen plafoniert. Bei Unfall und Krankheit bleibt das heutige Leistungsniveau durch Arbeitgeberzuschüsse gewahrt. Die heutige Lücke bei den Krankentaggeldern ist damit geschlossen.

– Die AEV basiert auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit. Sie verknüpft die Pflicht zur Erwerbsarbeit mit dem Recht auf „decent work“, das heisst dem Recht auf würdige Arbeit im Sinne der ILO. Der Druck auf Erwerbslose, jegliche noch so prekäre Arbeit annehmen zu müssen – mit all ihren fatalen menschlichen, sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Folgen – wird damit aufgehoben.

– Es gibt einen zeitlich unbeschränkten Anspruch auf Taggelder für Leute, die mindestens 5 Jahre Wohnsitz in der Schweiz hatten.

– Mit dem uneingeschränkten Einbezug von selbständig Erwerbenden und mit der Einführung von AEV-Familienergänzungsleistungen werden zwei weitere grosse Lücken im Netz der Sozialen Sicherheit geschlossen.

– Die Sozialhilfe wird in die AEV integriert und auf eine gesamtschweizerisch einheitliche Basis gestellt. Die Sozialhilfe wird davon entlastet, struk-

turelle Armutprobleme abzufedern. Stattdessen wird sie sich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren können, Menschen in besonderen Not-situationen zu unterstützen.

Trotz substantieller Verbesserungen auf der Leistungsseite lassen unsere Berechnungen darauf schliessen, dass das Reformvorhaben insgesamt keine finanziellen Mehrbelastungen zur Folge hätte. Denn die Stärkung der Versicherungsleistungen führt dazu, dass die Sozialhilfe erheblich entlastet wird. Die Eliminierung von Privatversicherungen (Krankentaggeld, Unfall) führt zu einer Ersparnis von jährlich über 600 Mio Franken. Die Staatsausgaben steigen zwar um geschätzte Fr. 830 Mio., die Lohnprozente der Arbeitnehmerschaft hingegen sinken leicht. Zudem wird die Beitragspflicht auf alle Lohnbestandteile ausgedehnt. Damit kommen zusätzlich mindestens Fr. 900 Mio. zusammen, die zur Verkleinerung der Finanzierungslücken, die die heutigen Systeme – insbesondere die IV – sehr stark belasten, verwendet werden können.

Es ist Zeit, die Blockierungen, in die die Sozialwerke durch den Dauerbeschuss von rechtsbürgerlicher Politik und Presse geraten sind, zu überwinden. Mit dem Reformvorschlag der AEV macht das *Denknetz Schweiz* einen wichtigen Schritt in Richtung einer gerechteren und sozialen Gesellschaft.

Ruth Gurny / Beat Ringger: Die Grosse Reform – die Schaffung einer Allgemeinen Erwerbsversicherung. Verlag Edition 8, Zürich 2009 (152 S., Fr. 22.–)

Mit Verursacherprinzip die Gesundheitspolitik gestalten

Eine Notiz

Wenn Akteure in Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung für ihr Handeln und für die Konsequenzen ihres Handelns Verantwortung übernehmen sollen, dann kommt man am Verursacherprinzip (VP) nicht vorbei. Dieses beruht, vereinfacht gesagt, auf der Prämisse, dass anderen keinen Schaden zugefügt werden darf. Negative Externalitäten sind zu vermeiden, oder es muss dafür die Verantwortung übernommen werden.

In der Schweiz werden die heftig umstrittene Sozialpolitik und als Teil davon die Gesundheitspolitik mit wenigen Ausnahmen als Gemeinkosten finanziert. Alle zahlen in einen Pot, ob sie Verursacher von körperlichen oder psychischen Schäden – wodurch die Allgemeinheit belastet wird – sind oder nicht. In der Umweltpolitik hat man in den letzten vierzig Jahren in Industrieländern jedoch vermehrt das VP angewendet. So muss es ebenso dringend in der Sozial- und Gesundheitspolitik in Angriff genommen werden. Sonst werden gesellschaftliche und wohlfahrtstaatliche Ressourcen weiterhin und mit steigender Geschwindigkeit geplündert. Als Folge davon wird die Sozialpolitik kaum mehr finanzierbar, ihre Legitimationsbasis bröckelt weiterhin ab. Das VP bezweckt, solchen Entwicklungen gegenzusteuern, präventiv zu wirken sowie die soziale und ökologische Nachhaltigkeit sicherzustellen.

Das VP darf nicht selektiv nur auf einige, nicht aber auf andere Akteure, die am Schaden beteiligt sind, angewendet werden. Vor allem muss das „blaming of victims“ vermieden werden, dass nämlich, wie es so oft der Fall

ist, allein die Opfer verantwortlich gemacht werden. Schäden werden oft von mehreren Akteuren verursacht und nicht alle tragen im selben Ausmass dazu bei. Auf einige entfällt mehr, auf andere weniger Verantwortung. Trotzdem ist das VP auf alle am Schaden Beteiligten anzuwenden. Die Problembereiche müssen also möglichst in ihrer ganzen Komplexität erfasst und von der Verursachung her erklärt werden.

In letzter Zeit haben die Umweltwissenschaften uns vermehrt aufgezeigt, wie Kostenkomplexe nach Verursacher-Wirkung-Rückwirkung erklärt werden können, und wie darauf abstützend interveniert werden kann und Probleme gehandhabt werden können, falls der politische Wille dazu vorhanden ist. Dies wäre nun auch in der Sozial- und Gesundheitspolitik nachzuholen. Denn hier wird immer noch kaum nach Verursachung gefragt, und die Sozial- und Gesundheitspolitik bleiben selbstgenügsam auf das Gemeinlastprinzip abgestellt. Warum nach Verursachung fragen, wenn ohnehin «alle» zur Kasse gebeten werden können? Und falls sie es sich nicht (mehr) leisten können, werden sie von der Allgemeinheit ohnehin subventioniert. Aber wie lange noch?

Wären soziale Probleme nicht von Menschen verursacht, dann wären die Gemeinkostenfinanzierung und die allgemeine Übernahme von Verantwortung angebracht. Genauso bei den Gesundheitsproblemen. Wer aber geht heute noch davon aus, soziale Probleme seien Folgen einer „höheren Gewalt“, die sich dem gesellschaftlichen Handeln entzieht (auch wenn das Individuum die Gesellschaft, ihre Ungleichheit

und Strukturen als machtbedingt wahrnehmen sollte)? Auch gesundheitliche Probleme sind in viel höherem Ausmass von Menschen verursacht, als die Gemeinkostenfinanzierung suggeriert. Denn Krankheitsbefall (Morbidity) ist in der Bevölkerung nach gewissen Mustern ungleich verteilt. Desgleichen die Lebenserwartung (Mortality). Beides widerspiegelt die Tatsache, dass hier in der Regel Menschen und die von ihnen geschaffenen gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen am Werk sind. Eine am VP orientierte Forschung untersucht solche Muster und fragt, welche Akteure als Verursacher von Gesundheitsproblemen benannt werden können und folglich Verantwortung für entstandene Schäden, wodurch die Allgemeinheit belastet wird, übernehmen sollten.

Akteure können Verantwortung verschiedentlich übernehmen. Sie können dazu gezwungen werden, z.B. durch Gesetze, die ihren Handlungsspielraum einschränken. Sie können aber auch „motiviert“ werden, Verantwortung zu übernehmen, z.B. durch Regeln der Wiedergutmachung bei angerichtetem Schaden oder durch erhöhte Kosten beim Verursachen von Schäden, z.B. durch Gebühren bei Schadensverursachung. Letztlich können Akteure auch in Eigenverantwortung Schaden verhindern und so „freiwillig“ potentiell negative Externalitäten internalisieren und die Risiken ihres Handelns tragen.

Um Gesundheitspolitik neu nach dem VP zu strukturieren wird am besten von Problembereichen und den entsprechenden Schadens- und Kostenkomplexen ausgegangen. Nicht bei allen Gesundheitsproblemen wird sich das VP anwenden lassen; so z.B. wenn keine Verursacher bestimmt werden können, wenn Verursachern die Verantwortung nicht angemessen zugeord-

net werden kann, wenn die VP Anwendung administrativ nicht durchführbar oder zu aufwendig ist, oder wenn gewisse Interessen sich politisch durchsetzen und die Anwendung des VP verhindern. Auch stehen nicht alle Gesundheitskosten in einem Zusammenhang mit negativen Externalitäten und deren Kostenkomplexen, was eine Anwendung des VP ausschliesst.

Problembereiche (teilweise von „epidemiologischer“ Qualität) mit grossen Gesundheitsschäden und hoher gesellschaftlicher Belastung sind z.B. der Konsum von Tabak, Alkohol und das Glückspiel im Kontext von Sucht; der Konsum von industriell erzeugten Lebensmitteln im Kontext von Kreislaufstörungen, Übergewicht und Diabetes; die Emission von Feinstaub und Gasen im Kontext von Atemerkrankungen, Allergien und Krebs. Bei all diesen Problembereichen lässt sich demnach fragen:

– Welche Akteure emittieren oder stellen riskante oder toxische Substanzen und Produkte her, die sie in Umlauf bringen und damit andere einem Risiko aussetzen (inkl. Glückspiele)?

– Welche Akteure beteiligen sich zu ihrem Vorteil an schädlichen Emissionen und der Zirkulation von riskanten und toxischen Substanzen?

– Welche Akteure konsumieren riskante oder toxische Substanzen „freiwillig“, das heisst ohne dass sie dazu gesellschaftlich (finanziell, kulturell und strukturell) ermutigt, angehalten oder gezwungen werden?

– Wo haben die Behörden bestehende Gesetze und Verordnungen nicht umgesetzt und ihre Aufsichtspflicht vernachlässigt (behördliche Haftpflicht)?

– Wie lässt sich die Verantwortung den verschiedenen Akteuren inhaltlich „gerecht“, das heisst, angemessen zuordnen?

- Wallimann, Isidor (Hrsg.), 2008: Sozialpolitik nach Verursacherprinzip: Beispiele der Anwendung aus Arbeit, Gesundheit, Sucht, Schule und Wohnen. Bern
- Piñeiro, Esteban / Wallimann, Isidor, 2008: Das Verursacherprinzip in der Sozialpolitik: Perspektive und Anwendung, Soziale Sicherheit CHSS 4, S. 201-206
- Piñeiro, Esteban / Wallimann, Isidor, 2004: Sozialpolitik anders denken: Das Verursacherprinzip – von der umweltpolitischen zur sozialpolitischen Anwendung. Bern
- Wallimann, Isidor (Hrsg.), 2010: Sozialpolitik nach Verursacherprinzip: Beispiele der Anwendung bei Sucht, Gewichtsproblemen, Medikamentenmissbrauch, Arbeitslosigkeit, Prostitution. AG-SPAK, Neu-Ulm (i.E.)

Alessandro Pelizzari: Dynamiken der Prekarisierung. Atypische Erwerbsverhältnisse und milieuspezifische Unsicherheitsbewältigung. UVK-Verlag, Konstanz 2009 (354 S., 34.– €)

In jüngster Zeit sind in der Tagespresse Nachrichten über Auswirkungen der aktuellen Krise auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu lesen. Für eine breiter werdende Schicht von Lohnabhängigen erhöht sich das Risiko, an die Randlagen unserer Gesellschaft gedrängt zu werden. Studien der letzten zwei Jahrzehnte aus Frankreich und Deutschland haben gezeigt, dass neuartige Risiken und Fragmentierungen die Arbeits- und Lebenswelt vieler Erwerbstätigen verwundbar machen. Die Rede ist hier von der *Prekarisierung* der Arbeits- und Lebensverhältnisse und meint einen „Graubereich der Erwerbsverhältnisse, in denen atypisch Beschäftigte, Working Poor und Erwerbslose zwischen Kurzeinsätzen, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe hin und her pendeln“ (S.13). Bislang konnte in der Schweiz kaum auf eine differenzierte Prekarisierungsforschung zurückgegriffen werden, sowohl die theoretische als auch die empirische Debatte sind unterentwickelt. Nun füllt Alessandro Peliz-

zari mit seiner umfassenden und innovativen Studie zu den *Dynamiken der Prekarisierung* diese Lücke.

Pelizzaris Studie geht den Fragen nach, inwiefern prekäre Erwerbsarbeit Integrations- bzw. Exklusionspotentiale birgt und inwiefern diese einen ungleichheitsverstärkenden Einfluss auf die Sozialstruktur ausüben. Durch die Aufarbeitung statistischer Daten zum schweizerischen Arbeitsmarkt skizziert er auf der einen Seite in Umrissen den Stand prekärer Arbeit, auf der anderen Seite „stellen sich jedoch erhebliche Schwierigkeiten, die ‘Freiwilligkeit’ eines Beschäftigungsverhältnisses zu objektivieren“ (S.39). Die Kritik der sozialen Realität wird bei Pelizzaris Studie zugleich eine Kritik des statistischen Datenmaterials, da dieses nur einen Teil der sozialen Realität erfassen kann und somit ihre Ungleichheitsstrukturen maskiert.

Er lehnt folglich duale Denkmuster ab, welche prekäre und nicht-prekäre Erwerbslagen als eindeutig abgrenzbare Segmente der Arbeitsgesellschaft konzeptualisieren und das dichotome Bild einer „Innen – Aussen“ Gesellschaft vermitteln. Somit richtet er die Aufmerksamkeit verstärkt auf ihre Übergangszonen. Inklusion und Exklusion

werden nicht als Gegensatzpaar, sondern als Prozess einer dialektischen Dynamik verstanden, welche die teils widersprüchlichen Effekte verbindet, die mit der Ausweitung prekärer Erwerbsverhältnisse einhergehen.

Durch die Integration des Konzeptes von R. Castel, also der Dreiteilung des Arbeitsmarktes (Zonen der Integration, der Verwundbarkeit und der Exklusion) und der arbeitsmarktlichen Segmentierungstheorie beschreibt Pelizzari den Arbeitsmarkt der Prekarisierung als empirisch fundierte Typologie prekärer Arbeitsmarktsegmente. Dabei richtet er den Fokus auf unterschiedliche Betriebsstrategien (Leistungsverdichtung, Flexibilisierung der Arbeitszeitstandards und Lohnauszahlungen), politische Mobilitätsbarrieren (u.a. Aktivierungspolitik) und gruppenspezifische Schliessungsprozesse (nach Geschlecht und Herkunft).

Zudem entwirft er in Anlehnung an die idealtypische Kategorisierung sozialer Milieus (M. Vester) Typen arbeitsmarktlicher Verhaltensmuster und alltagspraktischer Unsicherheitsbewältigungsstrategien, welche er als *miliuspezifischen Erwerbshabitus* definiert und der „wie ein innerer Kompass wirkt, der auf dem langfristig angelegten und eher unüberschaubaren Weg der beruflichen Etablierung die berufsbio-graphische Richtung weist“ (S.143). Die Kreuzung der Typologie prekärer Arbeitsmarktsegmente und der miliuspezifischen Bewältigungsstrategien, kurz die relationale Prekarisierungstheorie, erlaubt ihm, neben den Rahmenbedingungen der Arbeitsmarkt-mobilität (objektiv messbare Kriterien) individuelle Erwerbsverläufe, soziale Herkunftsbedingungen und Bewältigungsstrategien und somit die soziale Wirkung prekärer Erwerbsarbeit (dynamische und subjektive Dimensionen) ins Auge zu fassen.

Ausgehend von diesem „heuristischen Rahmen“ gibt Pelizzari in einem zweiten Teil seiner Arbeit den von den Dynamiken der Prekarisierung Betroffenen eine Stimme. In 38 Interviews sieht er „die Menschen nicht nur als Träger von Strukturen, sondern als aktive Produzenten des Gesellschaftlichen und als solche verfügen sie über ein wichtiges Wissen, das es von innen zu erkunden gilt, und zwar über das Wertesystem der Individuen“ (S.163). So entdeckt Pelizzari auf der Basis dieses empirischen Materials drei übergeordnete Formen von Prekarität, welche gleichermassen auf unterschiedlichen unternehmerischen Flexibilisierungsstrategien, politischen Mobilitätsbarrieren sowie gruppenspezifischen Schliessungsprozessen beruhen und auf die die Betroffenen mit unterschiedlichen Bewältigungsstrategien reagieren.

Die *notwendige Prekarität* umfasst Erwerbsverhältnisse, die von traditionellen Prekarisierungsdynamiken, also von der Senkung der Lohnkosten gekennzeichnet sind. Da in diesen Milieus Prekarität unausweichlich ist, bewältigen die Betroffenen die Diskontinuität der Beschäftigung vorwiegend mit resignativem Rückzug und Durchhalten in dauerhafter Gefährdung. Demgegenüber befindet sich die *transitorische Prekarität* rund um stabile und geschützte Arbeitsmarktsegmente. Ziel der betrieblichen Flexibilisierungsstrategien in diesem Segment ist die Abwälzung von Kosten und Risiken auf die Randbelegschaften. Im Unterschied zur notwendigen Prekarität existieren hier Chancen, Prekarität als Sprungbrett in stabile Beschäftigungsverhältnisse hinzunehmen.

In der transitorischen Prekarität befinden sich „ähnliche Arbeitsmarktpositionen, in denen sich unterschiedliche Erwerbsverläufe mit unterschied-

lichen Neigungswinkeln kreuzen, von denen die einen mittelfristig in stabilere Erwerbslagen weisen, andere die Gefahr einer Verharrung in der Prekarität in sich bergen, während schliesslich noch andere den Absturz in Exklusion und Sozialhilfeabhängigkeit nicht verhindern können“ (S.287).

In der letzten Form von Prekarität, der *avantgardistischen*, befinden sich diejenigen Menschen, welche Prekarität nicht als eine Übergangssituation, sondern als Kompromiss im Rahmen persönlicher Wertekonstellationen wahrnehmen. Diese „Arbeiter auf der Durchreise“ (S. Beaux, M. Pialoux) weisen ähnliche Merkmale wie die Betroffenen aus der transitorischen Prekarität auf, erfahren Prekarität jedoch aufgrund der mangelnden familiären Verpflichtungen als positive Situation. Hier trifft man hauptsächlich jugendliche Beschäftigte an, welche atypische Beschäftigung als Freiheit und Selbstverwirklichung erleben und welche von einer starken Individualisierung der Arbeitserfahrungen geprägt sind, sowie Menschen, welche Prekarität als Alternative zum Normalarbeitsverhältnis hinnehmen, um verschiedene Interessen verbinden zu können.

Genau dieses Modell von Beschäftigung wird im Zeitalter des „neuen Geistes des Kapitalismus“ (L. Boltanski, E. Chiapello) mehr und mehr propagiert. Dabei wird übersehen, dass ein solcher Lebensstil auf den sicheren Fundamenten eines privilegierten Milieus fusst. Kurzum: Die differenzierenden (Des-)Integrationsparadoxien prekärer Erwerbsverhältnisse sind Ausdruck sowohl der objektiven Strukturmerkmale prekärer Arbeit als auch der subjektiven Anpassungsleistungen, Erwerbsorientierungen oder Bewältigungsstrategien der prekär Beschäf-

tigten selbst, die sich aus den objektiven Arbeitsmarktchancen ergeben.

Pelizzari begnügt sich nicht damit, die Dynamiken der Prekarisierung in der Schweiz zu eruieren, sondern er versteht in Anschluss an die kritische Arbeitssoziologie das Ziel der Wissenschaft darin, „die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern“ (B. Brecht). Denn Prekarisierung ist nicht nur Folge des globalisierten Marktes, sondern geradezu Funktionsbedingung des aktuellen Kapitalismusmodells, welches den Warencharakter der Arbeitskraft gegen die Wirkung marktbegrenzender Regulationen nach und nach wieder herstellen will. Pelizzari arbeitet aus den Interviews trotz Fragmentierungen gemeinsame Erfahrungen heraus, in denen „alltägliche Kämpfe gegen die Zumutung der Prekarisierung erhalten sind und in deren Anschluss sich Marksteine für eine Politik der Entprekarisierung formulieren lassen“ (S.173).

In dieser Perspektive schlägt er eine „Drei-Säule-Politik“ vor. Die erste Säule umfasst Strategien gegen die betriebliche und politische Re-Kommodifizierung der sozialen Sicherung (z.B. Arbeitszeitverkürzung); die zweite Säule beinhaltet den Ausbau des Arbeits- und Sozialversicherungsrechts, sowie des gesamtarbeitsvertraglichen Schutzes (z.B. gesetzlicher Mindestlohn, Kündigungsschutz); schliesslich zielt die dritte Säule auf konkrete organisatorische Massnahmen, welche wirkliche Partizipation statt neoliberale Aktivierungs- und Stellvertreterpolitik anstreben. Bleibt zu hoffen, dass diese Vorschläge – gerade in Zeiten der Krise – wesentliche Bestandteile gewerkschaftspolitischer Praxis werden.

Maurizio Coppola

Stefan Kutzner / Ueli Mäder / Carlo Knöpfel / Claudia Heinzmann / Daniel Pakoci: Sozialhilfe in der Schweiz. Klassifikation, Integration und Ausschluss von Klienten. Rüegger Verlag, Zürich 2009 (179 S., Fr. 48.–)

Die vorliegende, im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 51 „Integration und Ausschluss“ entstandene Studie präsentiert die wichtigsten Ergebnisse des Forschungsprojektes „Sozialhilfe in der Schweiz: Integration und Ausschluss durch Segmentierung von Klienten“. Wer erwartet, eindeutige Erkenntnisse über den Forschungsgegenstand bzw. Empfehlungen aus wissenschaftlicher Sicht zu erhalten, wird enttäuscht. Dies gestehen selbst die AutorInnen ein, wenn sie schreiben: „Im Verlaufe des Forschungsprozesses waren wir immer wieder überrascht, wie komplex die Institution Sozialhilfe ist“ (S. 5). Und: „Eine wesentliche Schwierigkeit mussten wir bewältigen: Das, was wir im Verlaufe unseres Forschungsprojektes erforschen wollten, war noch gar nicht richtig existent. Über Segmentierung von Klienten wurde mehr debattiert, als dass sie praktiziert wurde. Einzelne Sozialdienste in den ausgewählten Untersuchungskantonen erprobten zwar Segmentierung, konnten uns aber wenig über die bisherigen Erfahrungen berichten“ (S. 18).

Diese beinahe unüberwindbare Schwierigkeit – man könnte auch sagen: der garstige Graben zwischen den ausgewählten Praxisfeldern und den herangezogenen Theorien – ist durch die gesamte Studie hindurch spürbar und wird von den AutorInnen oft mithilfe von ‘Sowohl- als-auch’-Formulierungen umgangen. Erklärend hierfür ist hinzuzufügen, dass die Datenerhebung in den Jahren 2005 und 2006 erfolgte, während die neuen SKOS-

Richtlinien, also die Empfehlungen für die Bemessung der Sozialhilfe in der Schweiz, ebenfalls erst 2005 in Kraft gesetzt wurden und vor allem danach enorme Verschärfungen in der Alltagspraxis der Sozialhilfe stattfanden und weiterhin stattfinden. (Diese werden in den Zeitungen der IG Sozialhilfe, des Vereins zur Verwirklichung der Menschenrechte, laufend dokumentiert und aus Sicht Armutsbetroffener kommentiert.)

Stefan Kutzner, der neben der Einleitung zwei Aufsätze zur Studie beiträgt, geht vor allem der Frage nach, ob die Sozialhilfe tatsächlich die Integration ihrer Klienten unterstützt. Ausgehend von Art. 12 der Schweizerischen Bundesverfassung „Recht auf Hilfe“ und Art. 6 „Individuelle und gesellschaftliche Verantwortung“ kommt er zu folgendem Ergebnis: „Ziel der Sozialhilfe ist, dass der Sozialhilfebezüger seine Autonomie, vor allem auch seine materielle Autonomie rückgewinnt. Da in der Schweiz unter menschlicher Würde auch die An- und Zuerkennung von Selbstverantwortung verstanden wird, müssen die Leistungen der Sozialhilfe so bemessen sein, dass weder die menschliche Würde verletzt wird, noch langfristig die Selbstverantwortung Schaden nimmt“ (S.31). Dieses grundsätzliche Ziel wird nun anhand konkreter Aussagen von Sozialarbeitenden und Experten von kantonalen Verwaltungen erläutert.

Dabei wird im Unterschied zur Lage in Deutschland ersichtlich, dass die Gemeindeautonomie durch das Subsidiaritätsprinzip in der Sozialhilfe weitgehend erhalten bleibt. Zwar obliege, wie Kutzner (S.35) erläutert, den Kantonen die Gesetzgebung über die Sozialhilfe, aber sie übten diese eher vorsichtig aus, so dass in den meisten Kantonen die Gemeinden immer noch über einen erheblichen Ermessensspiel-

raum in Sachen Sozialhilfe verfügten. Aufgrund dieses Ermessensspielraums und der steigenden Fallzahlen ist es unausweichlich, eine Bürokratisierung bzw. Standardisierung vorzunehmen, um nicht mehr über jeden Einzelfall entscheiden zu müssen. In der konkreten Umsetzung zeigen sich in der Sozialhilfepraxis sodann drei Formen: individuelle Hilfe, materielle Subventionen sowie standardisierte Anreize im Sinne des sogenannten Aktivierungsprinzips.

Bei der individuellen Hilfe kommen alle Paradoxien und Euphemismen schweizerischer Sozialhilfepraxis zum Vorschein. Hierzu eine längeres wörtlich transkribiertes Zitat eines Sozialarbeiters: „(...) dass man also vom Klienten, also die Leistung nur dann gibt, das heisst also die materielle Hilfe, wenn der irgendeine Gegenleistung erbringt. Mir selbst ist nicht ganz klar, was Gegenleistung eigentlich sein soll. Was heisst es, wird das so verhandelt, und dann gibt es unter (...) Segmentierung, unterschiedliche Kategorien, es gibt die voll integrierbaren, und die weniger integrierbaren, und die gar nicht integrierbaren, und je nachdem, gibt's dann, sozusagen die zugebilligten Hilfen. (...) Die Gegenleistung besteht darin, dass ist ne Auflage, das also so es kommt irgendein Klient, er bekommt also die, es wird so berechnet, was der also so an Hilfe bekommt, und gleichzeitig wird gesagt, so der muss jetzt (...) Bemühungen machen“ (S. 41f.).

Wehe dem, der vom Sozialarbeiter bzw. von der Sozialhilfebehörde als nicht 'integrierbar' eingestuft wird. Die zweite Form der Hilfe, die materiellen Subventionen, erhalten eigentlich nur die Working poor und Alleinerziehenden. Diese Leistungen werden ohne Gegenleistung ausgerichtet, weil die aktuelle Tätigkeit (Niedriglohnarbeit, Kindererziehung u.a.m.) bereits als

ausreichende „Gegenleistung“ angesehen wird. Die Anreize schliesslich beinhalten das gesamte Ensemble von Workfare-Politik, wonach auf Leistungen keine vorbehaltlosen Rechte mehr bestehen, sondern diese immer mit Pflichten verbunden sind.

Und so kommt es, dass Stefan Kutzner seine Forschungsfrage wie folgt beantwortet: „Die Sozialhilfe integriert und exkludiert gleichermassen. Eine Pauschalkritik am Sozialhilfewesen wäre ebenso unangebracht wie ihre Verklärung als letzte Instanz der sozialen Sicherung“ (S. 57). Diese Schlussfolgerung stellt alle an der Sozialhilfe Beteiligten und vor allem die Auftraggeber zufrieden, die auch in Zukunft gerne derartige Arbeitsbeschaffungsmassnahmen für Forscher zur Verfügung stellen.

Was jedoch jeglicher Wissenschaftlichkeit entbehrt und gerade dieses Forschungsprojekt diskreditiert, sind folgende Aussagen Kutzners: „Allerdings müsste die materielle Grundversicherung so hoch bemessen sein, dass eine menschenwürdige Lebensführung damit möglich ist, wenn auch auf bescheidenem Niveau. Ob der gekürzte Grundbedarf I diese menschenwürdige Lebensführung ermöglicht, vermag ich nicht entscheiden“ (S. 57). Ihm unterlaufen hier gleich mehrere Fehleinschätzungen. Erstens: Persönliche Urteile ohne wissenschaftsbasierte Daten haben in einem derart gross angelegten Forschungsprojekt nichts zu suchen. Zweitens: Der Grundbedarf I ist nirgends in absoluter Zahl angegeben (zurzeit 960 Franken im Monat für eine Person). Drittens: Ein Vergleich mit den derzeitigen Warenkorbkosten und dem Grundbedarf (bzw. dem Medianeinkommen in der Schweiz) würde aufzeigen, ob dieser eine menschenwürdige Lebensführung ermöglicht oder nicht. Viertens: Obschon Experten und Sozi-

alarbeitende ausführlich zu Wort kommen, sucht man nach Zitaten von Direktbetroffenen zu dieser Frage gegebenenfalls.

Claudia Heinzmann zeichnet in ihrem Beitrag die Entwicklungstendenzen der Sozialhilfe nach dem Zweiten Weltkrieg nach. Individualisieren, Standardisieren und Klassifizieren als Verfahrensschritte der Sozialhilfe wechseln sich ab und werden von Zeit zu Zeit unterschiedlich stark gewichtet. In der Folge werden auch die Armutsursachen äusserst unterschiedlich diagnostiziert: Neben den als sozioökonomisch definierten Verarmungsprozessen waren und sind nach wie vor eine Individualisierung und eine Psychologisierung der Armut im Gange. „Vielmehr wurden die Bedüftigen auch als ‘sozial Kranke’ angesehen, die durch die ‘diagnostischen Überlegungen’ einer professionalisierten Sozialhilfe die Ursachen ihrer Armut überwinden konnten“ (S. 73).

Auch in der aktuellen Sozialhilfe existieren Klassifikationen, die als Beurteilungsmaßstab für die Zuweisung der Klienten in ein entsprechendes Segment dienen. Zum Segment 1 gehören Klienten mit intakter sozialer Integration, die Dauer der Unterstützung ist überschaubar, während dem Segment 2 Klienten zugeordnet werden, die in einem beeinflussbaren, sozialen Desintegrationsprozess stehen, die Dauer der Unterstützung wird als mittel- und langfristig eingeschätzt. Zum Segment 3 zählen Klienten in kaum veränderbarer Randständigkeit, die Dauer ist nicht abschätzbar. Und zum letzten Segment gehören Klienten mit intransparenter oder fehlender Kooperation, auch hier ist die Dauer nicht absehbar (vgl. S. 82f).

Der Blick richtet sich also auf den prognostizierten Unterstützungsaufwand durch die Sozialhilfe. Claudia

Heinzmann hält richtigerweise fest: „Der psychologisierende Blick auf die Persönlichkeit und Lebenssituation der Armen wird gewissermassen aufgeteilt auf verschiedene Personengruppen: Solche, denen einem bestimmten Kriterienkatalog zufolge eine Integrationschance zugesprochen wird, die häufig implizit mit der Arbeitsmarktfähigkeit in Verbindung gebracht wird. Eine zweite, der ein solches Integrationspotential nicht attestiert wird, und eine weitere, die bereits als integriert gilt und aufgrund von Krankheit, Invalidität oder einem ungenügend hohen Einkommen lediglich finanzielle Unterstützung von der Sozialhilfe benötigt“ (S. 85). Doch auch in diesem Beitrag werden die folgenschweren Konsequenzen solcher Segmentierungen m. E. zu wenig aufgezeigt: Wer ins Segment 4 eingeteilt wird, muss damit rechnen, dass ihm oder ihr massiv oder seit neustem der gesamte Grundbedarf 1 gestrichen wird; es existieren Bundesgerichtsurteile, die diese Praxis gutheissen. Welche konkreten Folgen dies für die betreffende Person oder deren Kinder hat, wird nicht thematisiert.

In seinem Beitrag „Die Sozialhilfe im Diskurs der politischen Parteien“ zeigt Daniel Pakoci auf, dass ein markantes Missverhältnis zwischen der öffentlichen Diskussion rund um die Sozialhilfe und deren Thematisierung in den grossen politischen Parteien besteht. Es ist wohl eine Binsenwahrheit, dass mit dem Thema Sozialhilfe kaum eine zusätzliche Wählerstimme gewonnen werden kann. Während die Sozialhilfe für die FDP lediglich eine materielle Überlebenshilfe darstellt, ist sie für die CVP kein eigenständiges Thema. Die Armutsproblematik wird hier lediglich als Teil der Familienpolitik angesehen. Die SP setzt voll und ganz auf die neue Workfare-Praxis und sieht dementsprechend die Hauptauf-

gabe der Sozialhilfe in der Verbesserung der Arbeitsmarktfähigkeit der Sozialhilfebezüger (S.100f). Sie setzt also auf ein Anreiz- und Gegenleistungsmodell: „Die Ausrichtung von Sozialhilfe darf an zumutbares Engagement von Klientinnen und Klienten geknüpft werden, auch im Sinne von Aktivierung“ (S. 101).

Die Parole der SVP ist sattsam bekannt: die Sozialhilfe als minimale Existenzsicherung. Für die SVP geht es lediglich um die sogenannte Missbrauchsbekämpfung. Im Unterschied zu allen anderen Parteien strebt die Grüne Partei der Schweiz eine Reform an, wonach allen BürgerInnen ein Recht auf Einkommen zusteht. „Das wäre ein wesentlicher Unterschied gegenüber der heutigen Situation, in der kein Recht auf Unterstützung besteht“ (S. 107). Daniel Pakoci hält unmissverständlich fest: Die unterschiedlichen Parteiprogramme blenden fast vollständig „die beiden Perspektiven [aus], welche die Sozialhilfepraxis entscheidend prägen – jene der administrativen und jene der sozialarbeiterischen Fachlichkeit“ (S. 110).

Im Beitrag „Armut“ bekämpfen: Kantone verfolgen unterschiedliche Strategien“ weist Carlo Knöpfel auf die stark föderalistische Struktur der Schweiz und darin eingebettet die kantonalen Bedarfsleistungen hin. Der grosse Unterschied und der Vorteil der Bedarfsleistungen gegenüber der Sozialhilfe liegen darin, dass die Bezüger zu keinen entsprechenden Gegenleistungen verpflichtet werden. Auch die Bedarfsleistungen folgen dem Subsidiaritätsprinzip und werden „nur dann ausgerichtet, wenn der Bedarf einer Person oder eines Haushaltes an finanziellen Ressourcen zur Deckung des wie auch immer festgelegten sozialen Existenzminimums ausgewiesen ist“ (S. 123). Kantonale Bedarfsleistungen sind zum Beispiel Ausbildungsbeihil-

fen, Ergänzungsleistungen zur AHV/IV oder Beihilfe zur Heimunterbringung.

Das Groteske an diesen Bedarfsleistungen sind die unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen – sogar innerhalb eines Kantons: „So werden in den Kantonen für jede Bedarfsleistung eine eigene wirtschaftliche Unterstützungseinheit, eine eigene Berechnungsgrundlage, eine eigene Bezugsgrenze und ein eigener Auszahlungsmodus definiert. Das führt zum Ergebnis, dass Personen und Haushalte im gleichen Kanton bei der einen Bedarfsleistung als arm gelten und darum bezugsberechtigt sind, während sie dies bei der anderen Bedarfsleistung gerade nicht oder nicht mehr sind“ (S. 125). Und: „In manchen Kantonen zählt man darum eine zweistellige (!) Zahl von so genannten Armutsgrenzen“ (S. 137). Aus diesem Grund schlägt Carlo Knöpfel ein sehr konkretes Acht-Punkte-Programm vor, um die Bedarfsleistungen vor allem auch für die Bezüger zugänglicher und verständlicher zu machen.

Den Abschluss bilden die beiden gesonderten Beiträge von Ueli Mäder und von Stefan Kutzner, die sozusagen zusammenfassend der Frage nachgehen, ob Integration und Ausschluss, vor allem hinsichtlich der Sozialhilfe, die neue soziale Frage sei. Mäder dokumentiert in einem informativen Überblick, wie unterschiedlich die empirischen und theoretischen Konzepte von Integration und Ausschluss sind, während Kutzner die Unzulänglichkeiten des 'homo oeconomicus' für den öffentlichen Diskurs der Sozialhilfe darlegt.

Was auffällt, sind nicht nur die wenigen Bezüge zwischen den einzelnen Artikeln, die Redundanzen sowie die mangelnden Fachkenntnisse, sondern auch eine gewisse Praxisferne der ForscherInnen: „Bei der vertiefenden Befragung Sozialhilfe beziehender

working poor waren wir *erstaunt*, von wie vielen Problemen diese working poor betroffen waren, ohne dass die zuständigen Sozialarbeiter dieses wahrnehmen“ (S. 51). Nun ist dieses Erstauntsein wohl eine Selbstwahrnehmung, aber kaum eine kritische Kategorie, um die alltäglichen Sorgen und Leiden Armutsbetroffener und die Ökonomien des Elends konkret zu beschrei-

ben, geschweige denn diese wissenschaftlich zu erfassen. Das Desiderat, die Mechanismen in der schweizerischen Sozialhilfepraxis zu erforschen und Reformvorschläge zu erarbeiten, die auch die Bedürfnisse der Betroffenen berücksichtigen, hat an Brisanz nichts verloren.

Franz Schibli

Sozialalmanach 2009: Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Das Caritas-Jahrbuch zur sozialen Lage der Schweiz. Caritas-Verlag, Luzern 2009 (296 S., Fr. 34.-)

Seit elf Jahren gibt Caritas Schweiz jeweils im Dezember den Sozialalmanach mit einem bestimmten Schwerpunkt heraus. Das Ziel dieses Jahrbuchs zur sozialen Lage in der Schweiz ist es, die nach wie vor empfindlichen Lücken in der Sozialberichterstattung der Schweiz mit einem qualitativen Beitrag zumindest teilweise zu füllen. Obwohl der Redaktionsschluss im September 2008 vor der dramatischen Krise in der Bankenwelt lag, steht der Sozialalmanach 2009 klar unter den Vorzeichen des zu Ende gehenden Konjunkturzyklus und damit der aufziehenden Krise. Diese Tatsache ist auch ein Hinweis darauf, dass die aktuelle Krise zwar einschneidende Folgen für das Sozialsystem der Schweiz haben wird, aber nicht als alleinige Ursache für all die Probleme in der Sozialpolitik hinhalten kann, die jetzt manifest werden.

Die Weichen für die Bewältigung der aktuellen Krise wären in den vergangenen Jahren niedriger Arbeitslosigkeit zu stellen gewesen. Carlo Knöpfel zeigt in seinem Bericht über

die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Schweiz, die er in jeder Ausgabe des Sozialalmanachs unter neuen Gesichtspunkten analysiert, dass in der Vergangenheit folgenschwere Versäumnisse auszumachen sind. „Wo es geht, wird ein schleicher Abbau vorangetrieben, wird die Existenzsicherung zu Gunsten eines Anreizsystems zur Erwerbsarbeit zurückgenommen. Das passende Stichwort dazu lautet *flexicurity*.“ (S. 70)

Die in der sozialpolitischen Diskussion immer öfter erhobene Forderung nach Erwerbsintegration verlagert das Risiko der Arbeitslosigkeit zu den Betroffenen. Wer sich nicht integrieren kann, muss selbst die Verantwortung tragen, hiess jahrelang die neoliberale Botschaft. Dass aber der Arbeitsmarkt gar nicht in der Lage ist, alle Arbeitskräfte aufzunehmen und insbesondere die schlecht ausgebildeten bei Bedarf fallen lässt, ging in diesem Selbstverantwortungsdiskurs völlig unter.

Der Schwerpunktteil des Sozialalmanachs zur „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ versammelt elf Beiträge, die sich dieser Frage aus unterschiedlichen Perspektiven annehmen.

Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, zeigt auf, dass die Schweiz den bran-

chenstrukturellen Wandel der letzten Jahrzehnte gut gemeistert hat. Dass die Sockelarbeitslosigkeit in der Krise der 90er Jahre trotzdem angestiegen ist, sei primär auf konjunkturelle Ursachen zurückzuführen. Durch die lange Dauer der Krise stieg das Risiko zur Langzeitarbeitslosigkeit. Lampart sieht die wichtigste Herausforderung in der Aus- und Weiterbildung, die vor allem Personen aus bildungsfernen Schichten, insbesondere auch den Migrantinnen und Migranten angeboten werden sollte. Dass sich immer stärker eine Zweiklassengesellschaft herausgebildet hat – gut ausgebildete Arbeitskräfte aus OECD-Staaten gegenüber wenig gebildeten oder über hierzulande nicht anerkannte Diplome verfügende Arbeitskräften aus anderen Ländern –, zeigt Bettina Zeugin von der Fachstelle Migrationspolitik der Caritas Schweiz auf.

Welche Integrationsstrategie ist sinnvoll? Der Lausanner Soziologe Giuliano Bonoli bezeichnet die Resultate der Reduktion von Arbeitszeit anhand der 35-Stunden-Woche in Frankreich als eine „strategische Niederlage“ (S. 152). Durch die Verknapfung des Arbeitsangebotes sei es nicht gelungen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und damit die Langzeitarbeitslosigkeit und ihre Folgen, zum Beispiel die frappante soziale Randständigkeit in den Banlieus der Grossstädte, zu lindern. Die Arbeitsintegration hingegen sei zwar oft voller Schwierigkeiten und anspruchsvoll, aber Studien belegen, dass sie sich volkswirtschaftlich gesehen lohnt. Bonoli spricht sich für sozialpolitische Programme aus, in denen Arbeitsintegration oberstes Ziel sei.

Was dies allerdings aus individueller Sicht für den grossen Anteil von Teilnehmerinnen und Teilnehmern bedeutet, die diese Integration nicht schaffen, bleibt unbeantwortet. Hier

setzt Martin Flügel, Präsident von Travail Suisse, kritisch an: «Das Problem besteht jedoch darin, dass sich die aktivierende Sozialpolitik ausschliesslich darauf konzentriert, die Betroffenen wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Mit anderen Worten: Das Konzept geht eigentlich davon aus, dass Vollbeschäftigung möglich ist.» (S. 143) Jedenfalls auch eine Option, Integration ausserhalb des ersten Arbeitsmarktes zu ermöglichen, sind die in der Schweiz noch wenig verbreiteten Sozialfirmen, wie Christin Kehrlı aufzeigt.

Caritas ist mit dem Sozialalmanach bestrebt, unterschiedliche Positionen zu Sprache zu bringen. Der Schlussartikel wird von Boris Zürcher, Chefökonom von Avenir Suisse bestritten, der mehr Flexibilität und weniger Sozialstaat als Heilmittel für die Zukunft propagiert. Er stellt die Entwicklung der Schweiz in einen globalen Zusammenhang: „In einer globalisierten Welt fehlt es nicht an roher Arbeitskraft, es wird aber weiterhin an qualifizierten Arbeitskräften mangeln. Es ist daher unabdingbar, dass die Schweiz ihren Vorteil, überdurchschnittlich gut qualifizierte Arbeitskräfte zu besitzen, behält.“ (S. 232) In diesem Punkt stimmt er mit den anderen Autoren des Bandes überein. Wie soll diese Bildung aber finanziert werden? Auch hier macht die Analyse von Knöpfel auf ein politisches Problem aufmerksam, das die bürgerlichen PolitikerInnen zu verantworten haben: Der finanzielle Spielraum der wirtschaftlich besseren Jahre sei primär zu Steuersenkungen zugunsten von Gutverdienenden genutzt worden. „Von einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung kann nicht die Rede sein.“ (S. 71)

Stefan Gribi

Frigga Haug: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik. Argument Verlag, Hamburg 2007 (234 S., 16.50 €)

Ursprünglich war die Veröffentlichung unter dem Titel „Von Rosa Luxemburg lernen“ geplant. Dieser Subtitel schwingt immer noch mit. Die treffendere Bezeichnung wäre allerdings: „Mit Frigga Haug nachdenken“ – vor allem über Rosa Luxemburg, aber auch zum Beispiel über Hannah Arendt, der sie ein eigenes Kapitel widmet. Fast lehrbuchhaft werden zwei Ebenen insbesondere in den ersten vier Kapiteln durchgehalten: Auf der Inhaltsebene erarbeitet die Autorin eine detaillierte und umfassende Darstellung und Analyse des jeweiligen Themas bei Rosa Luxemburg, auf der methodischen Ebene wird deutlich gemacht, wie komplexe Zusammenhänge und Sachverhalte text- und quellenkritisch dargestellt und analysiert werden können, zugleich aber auch, wie ein interessanter Bezug der gefundenen Ergebnisse auf unsere Zeit hergestellt werden kann. Den Einstieg erleichtert auch das vorbildliche Sach- und Personenregister.

So untersucht Haug im ersten Kapitel über die „Politik der Frauen“ das Vorurteil, dass Rosa Luxemburg nichts oder nur wenig zur Analyse der Geschlechterverhältnisse beigetragen habe, in jedem Fall aber keine Feministin gewesen sei. Durch eine kritische Re-Lektüre der wichtigsten Arbeiten von Rosa Luxemburg gelingt es der Autorin, dieses Vorurteil nicht nur zu widerlegen, sondern die Produktivität des Luxemburgischen Denkens für die Analyse der Geschlechterverhältnisse darzulegen. Und zwar am Beispiel des kurzen Artikels „Die Proletarierin“ von 1914. So schildert Haug ihren anfänglichen Ärger: „In diesen proletarischen ‘Ideal’-Frauen, die, ‘ein Tüchlein auf dem schlicht gescheiterten Kopfe’,

‘trällernd’ und ‘geduldig’, also so brav, ungerührt und unanständig sich in den elenden Bedingungen einzurichten verstehen, wollten wir uns nicht wiederfinden. Uns fehlten darin die frechen, die aufbegehrenden und wehrhaften Linien“ (S. 31).

Eine erneute Lektüre zeigte dann aber, dass es bei dieser Beschreibung nicht um die Proletarierin „an sich“ ging, sondern um die Art und Weise, wie diese sich in sehr unterschiedlichen Räumen bewegt. „Wir kamen zu dem für uns überraschenden Ergebnis, dass Luxemburg in diesen wenigen Zeilen die Trennung des Privaten vom Öffentlichen überschreitet und die übliche Zuständigkeit gesellschaftlicher Instanzen wie Familie als Ort der Wärme, des Wohllebens und der Ruhe verneint. Stattdessen legt sie uns nahe: „Seid menschlich an jedem Ort in eurem Tun“ (S. 32). Und sie zieht daraus die Schlussfolgerung: „Die Ungeduld, die wir beim ersten Lesen ihrer Beschreibung der proletarischen Frauen verspürten, richtete sich gegen uns selbst, die wir spontan als ein Gegenteil lesen, Schwäche vermuten wo von Stärke die Rede ist“ (ebd.).

In einer auch literarisch gelungenen Weise erfasst die Autorin Luxemburgs Fähigkeit, Gegensätze als gesellschaftlich Widersprüchliches und Vorwärtstreibendes zu analysieren: „Die Proletarierin hat kein eigenes Haus, aber ihr Haus ist die Welt, sie hat keine Familie, sondern Ihresgleichen; sie hat keine Muttersprache, sondern bewegt sich im bunten Sprachengemisch der Völker der Welt. Der Wohlstand der bürgerlichen Frauen ist deren Fessel... Insofern unterscheidet sich Luxemburgs Agitation radikal von der gewöhnlichen, die die Beschwörung des Elends für eine wirksame Befreiungskraft hält. Sie schreibt auch nicht umgekehrt so, als ob nichts als Stärke und vorwärts stürmende

Freude die Unterdrückten bewege. Sie zeigt, dass in dem, was wir gewöhnlich als Elend wahrnehmen, Hoffnung auf Befreiung steckt“ (S. 33).

Diese Passagen habe ich deshalb so ausführlich zitiert, weil sie paradigmatisch für das Vorgehen der Autorin sind: Ausgehend (meistens) von inzwischen tiefverwurzelten Vorurteilen gegenüber Rosa Luxemburg untersucht sie die von ihr hervorgehobenen Begriffe als Worte in Bewegung, als „Logik der Krisen und Brüche“. Derartige Begriffe sind: Friede, Masse, Partei, Produktivkräfte, Krise, Täter/ Opfer, wobei die Luxemburgschen Positionen immer wieder mit denen anderer Autoren, insbesondere von Gramsci, Brecht und Weiss in Beziehung gesetzt werden. Diese Analyse macht deutlich, was „Luxemburg als Sozialistin in der Arbeiterbewegung schwerverdaulich“ machte und immer noch macht: „Die Respektlosigkeit gegen die Führung, das unbedingte Setzen auf die Massen, als Inbegriff des Marxismus die Logik der Krisen und Brüche, die es ihr gleichzeitig ermöglichte, das ungeheure Leid und die Zerstörung mit Namen zu benennen und doch auch darin die Ansätze zur Herausbildung einer anderen Gesellschaft und Entfaltung menschlicher Möglichkeiten zu entdecken“ (S. 54). Das gilt auch für die Geschlechterverhältnisse: „Frauen müssen selber handeln, sonst werden sie ewig verhandelt“ (ebd.).

Wie eine derartige strategische Orientierung zu realisieren sei, darum geht es im zweiten Kapitel über „Revolutionäre Realpolitik“. Reformen und/oder Revolution, parlamentarische Demokratie und/oder Räte Demokratie, Kontinuität und/oder Bruch – die darin enthaltenen Gegensätze als praktisch, d.h. politisch zu bearbeitende Widersprüche zu begreifen und entsprechende Strategien zu entwerfen, dafür hat Rosa Luxemburg den Begriff der „revolutio-

nären Realpolitik“ geprägt. Um den Bruch mit der bisherigen Politik deutlich zu machen, zugleich aber auch das Nahziel mit dem Fernziel zu verbinden, kennzeichnen die Interventionen Rosa Luxemburgs viererlei.

Erstens gibt Luxemburg eine detaillierte Information über den jeweiligen Sachverhalt. Zweitens muss revolutionäre Realpolitik immer aus der Perspektive der langfristigen Interessen des Proletariats betrieben werden (zum Beispiel in der Analyse von sozialstatistischen Daten). Da Luxemburg vom revolutionären Potential der kapitalistischen Produktionsweise überzeugt ist, steht drittens eine revolutionäre Realpolitik ab und zu im Gegensatz zu aktuellen Forderungen der Lohnabhängigen, wenn diese z.B. „alte Industrien“ verteidigen (S. 73 ff). Ein vierter Aspekt der revolutionären Realpolitik besteht in den vergleichenden Betrachtungen, die am Rechtsbewusstsein des Alltagsverstandes ansetzen, dieses aber in einer Weise überschreiten, dass sie sich vorzüglich „zum Selber-Denken und zur Selbstschulung“ eignen (S. 77).

Die Rezeption dieses Konzeptes untersucht die Autorin im Folgenden bei Lukacs, vor allem aber bei Gramsci sowie Brecht und Weiss. Insbesondere der Bezug auf Gramsci verdeutlicht, wie dieser die Ansätze Luxemburgs zu „Alltagsverstand“, Hegemonie und Klassenkämpfen („Übergang vom Bewegungs- zum Stellungskrieg“) vertieft und insofern der Aufforderung von Peter Weiss, die „Linie Luxemburg - Gramsci“ weiterzuverfolgen, nachkommt. Der rote Faden in dieser Rezeption ist es, Menschen als Gestalter von Verhältnissen zu begreifen – also sie weder für „Reaktionsdeppen“ objektiver Strukturen noch für „freischwebende Monaden“ zu halten.

Mit Überlegungen für eine „linke Politik in den Kämpfen des 21. Jahrhun-

derts“ (S. 93) leitet die Autorin zum dritten Kapitel über: „Fehleranalyse und Irrtumskritik als Kunst der Politik“. Dieser Text lässt sich als Fallbeispiel der Auseinandersetzung um revolutionäre Realpolitik lesen, untersucht die Autorin doch drei Fragen, deren Antworten den Bogen von der Zeit Luxemburgs zur Gegenwart spannen.

„1. Welche Kritik übte Luxemburg an der Sozialdemokratie, dass dies für die Partei bedrohlich wurde?

2. Welche Auffassung von sozialistischer Partei lässt sich aus der Kritik entschlüsseln?

3. Welche politiktheoretischen Verfahren der Analyse und Kritik werden benutzt, die von aktuellem Wert bleiben?“ (S. 96)

Am Beispiel der Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Reichstagsfraktion 1914 untersucht Haug den damit verbundenen Diskursbruch, der sich in den Schriften, aber auch in der Person Rosa Luxemburg manifestiert. Den Weg von der Empörung zur Kritik, vor allem zur Ideologiekritik, so am Beispiel des Verhältnisses von Nation und Klasse oder von Fehler und Irrtum werden detailliert an Luxemburgs Texten dargestellt. Dabei bezieht Luxemburg sich mehrfach auf Marx, u.a. mit der Aussage, dass der Weg der Selbstbefreiung des Proletariats „nicht bloß mit unermeßlichem Leid, sondern auch mit unzähligen Irrtümern gepflastert (ist), (...) seine Befreiung hängt davon ab, ob das Proletariat versteht, aus den eigenen Irrtümern zu lernen“ (S. 113). Diese Art von Fehleranalyse ist weiterhin „überlebensnotwendig“, denn es gilt, den „Kapitalismus zu überschreiten und Alternativen zu erfinden“ (S. 121).

Das vierte Kapitel „Zum Spannungsverhältnis von Theorie und Empirie“ beginnt mit der Untersuchung eines Widerspruchs bei Rosa Luxemburg.

Auf der einen Seite wendet sie sich gegen einen Empirismus, der aus unhinterfragbaren Wahrheiten Erkenntnis ableitet, auf der anderen Seite unterfüttert sie ihre Argumente wie kaum eine Zweite mit empirischem Material und zieht daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen. Auch wenn Luxemburg damit einer dogmatischen Kanonisierung des Marx'schen Denkens Vorschub geleistet hat, ist ihr tatsächlicher Umgang mit empirischem Material längst nicht nur polemischer Art (wie in der Auseinandersetzung mit Bernstein), sondern „Empirie ist also theoriegeleiteter Ordnungsprozess als Erkenntnisprozess“ (S. 129).

Dieses Herangehen exemplifiziert die Autorin an der Kritik Luxemburgs am Marx'schen Reproduktionsmodus, indem sie zunächst kritisch-immanent „Ungereimtheiten und Lücken in der Marx'schen Modellannahme“ (S. 136) herausarbeitet, wie vor allem die Nichtberücksichtigung realer Reproduktionsbedingungen und deren Veränderungen. In bezug auf die außerkapitalistischen Bereiche und deren Zerstörung bzw. deren Kapitalisierung stellt die Autorin fest, dass diese Prozesse keineswegs abgeschlossen sind. „Beide Prozesse, die 'äußere' wie die 'innere Kolonisierung' gehören weiter zur politischen Tagesordnung, ihr Begreifen und die Übersetzung in konkrete Tagespolitik bleiben aktuelle Aufgabe“ (S. 138).

Die in den ersten Kapiteln schon begonnene Untersuchung des Verhältnisses von Luxemburg zu Gramsci wird im fünften Kapitel unter der Überschrift „Die Linie Luxemburg – Gramsci“ erweitert und vertieft. An der Frage, welche Bedeutung der Parlamentarismus in einer revolutionären Realpolitik spielt, wird die inhaltliche Nähe zwischen beiden besonders deutlich. Denn es geht nicht um das „Wesen“ des Parlaments, sondern um seine Form als

historische, klassenspezifische Arena, in der sich Widersprüche manifestieren. In diesem Zusammenhang ist auch „Gewalt“ nicht als isoliertes Mittel zu sehen, sondern als ein Moment in einer gesellschaftlichen Umwälzung. Dabei spielen experimentelle Haltung und schöpferische Fantasie eine zentrale Rolle. Die Maulwurf-Metapher als Symbol der unterirdischen Wühlarbeit und der unerwarteten Ereignisse steht dabei für die Selbsttätigkeit der Massen: „Sie buchstabierte aus, dass es darum gehe, tatsächlich die Gestaltung von Gesellschaft in eigene Hände zu nehmen, dies als eigentlicher Beginn bewusster Menschengeschichte“ (S. 159).

Aus dieser Perspektive bekommt der vielfach missverstandene Begriff der „Diktatur des Proletariats“ als Gegenbegriff zur „bürgerlichen Diktatur“ die Bedeutung, die jenem in der Perspektive einer „sozialistischen Demokratie“ (S. 178) zukommt, nämlich die zeitlich begrenzte demokratische Diktatur des Proletariats in allen gesellschaftlichen Sphären als Praxis des Bruchs mit bürgerlicher Herrschaft. Denn es ist „historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie“, so Luxemburg, „sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen“ (S. 163).

Die Untersuchung der Bedeutung der Intellektuellen in einer Politik des Kulturellen zeigt ein weiteres Mal, wie stark die Denkweisen Luxemburgs und Gramscis aufeinander bezogen sind. „Alle Menschen sind Intellektuelle, aber nicht jeder hat die Funktion eines Intellektuellen“, diese berühmte Umschreibung des organischen Intellektuellen durch Gramsci ist in Ansätzen auch in den Schriften Luxemburgs zu finden. Allerdings kann erst Gramsci nach der Niederlage der Revolution

1918 im Westen die „realhistorische“ Option eines integralen Staates entwerfen.

Im sechsten und letzten Kapitel verlässt Haug in gewisser Weise den eher „lehrenden“ Duktus ihrer Argumentation. Hier wird sie ganz zur „Luxemburgianerin“. Polemisch und sehr gut informiert widerlegt sie die These von einer Nähe zwischen Rosa Luxemburg und Hannah Arendt. Akribisch weist die Autorin nach, dass Arendt sich eine ihrem politischen Verständnis nahestehende Luxemburg formt, indem sie deren marxistische Wurzeln negiert. Insbesondere stellt sie der elitären Option von Arendt die basisdemokratische Massenkonzeption Luxemburgs entgegen. Dass Stachel und Beweggrund Luxemburgs die Abschaffung des kapitalistischen Ursachens des Elends war, wird dabei ebenso herausgearbeitet wie die ökonomische Ignoranz bei Hannah Arendt. Was die Autorin nicht daran hindert, auch auf die Verdienste Arendts in deren Rezeption von Luxemburgs Schriften aufmerksam zu machen. Dies wiederum ermutigt dazu, interessante Ansätze bei Arendt auch in Zukunft neu zu diskutieren, wie zum Beispiel ihre originelle Entgegensetzung von Macht und Gewalt.

Der Band wird mit einem Anhang abgeschlossen, der zum einen eine ungehaltene Rede enthält: „Ein Denkmal für Rosa Luxemburg“, zum anderen den Nachdruck des Vorworts zur deutschen Ausgabe von Raya Donayevskaya: „Rosa Luxemburg und die Revolution“. In beiden Texten geht die Autorin auf Aspekte ein, die sie insbesondere in den ersten zwei Kapiteln entfaltet hat. Sie sind deshalb als Einstieg in die Lektüre dieses ungewöhnlichen Buches besonders gut geeignet.

Timm Kunstreich